

DIESES FLENSBURG-HEFT BRINGT:

	Seite
<i>Biernatzki</i>	
Flensburg, wie es der Fremde vor 108 Jahren sah	172
<i>Hans Friedrich Schütt</i>	
Aus Flensburgs Geschichte — Front oder Brücke.....	175
<i>Peter Hansen Petersen</i>	
Das politische Gesicht der Stadt Flensburg seit 1920	178
<i>Thomas Andresen</i>	
Wirtschaft und Finanzen einer Grenzstadt.....	192
<i>Walter Baumgarten</i>	
Stadtplan — Straße — Wohnung	200
<i>Hans Peter Johannsen</i>	
Von der kulturellen Kraft einer Grenzstadt.....	212
<i>Helmut Meißner</i>	
Flensburgs Zeitungen früher und jetzt	219

BUCHBESPRECHUNGEN

Flensburg Bys Historie	226
Die Hefte der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte	230
Zeittafel zur Flensburger Stadtgeschichte	230
Umschau ab Seite 232	

THOMAS ANDRESEN, geb. 1897 in Linnau, Besuch der Oberrealschule in Flensburg und Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Kiel und Leipzig. Teilnahme am ersten Weltkrieg. Seit 1925 Steuerberater in Flensburg. Begründer der CDU in Flensburg 1945, Mitbegründer des Landesverbandes der CDU. Schleswig-Holsteinischer Finanzminister 1946-1947. 1951-1955 Stadtpräsident in Flensburg. Seit 1955 Oberbürgermeister der Stadt Flensburg.

WALTER BAUMGARTEN, geboren am 1. Januar 1905 in Wurzen/Sa. Dipl.-Ing.; Regierungsbaumeister; Master in City Planning, Harvard University. Vor 1945 Stadtbaurat in Allenstein/Ostproußen. Gefangenschaft bis 1947, danach Hannover. Seit 1950 in Flensburg. Leiter des Städtischen Hochbau- und Planungsamtes sowie des Bauaufsichtsamtes. Stadt-Oberbaurat.

HELMUT MEISSNER, geboren am 6. Januar 1919 in Berlin, Schul- und Berufsausbildung in Industriegroßstadt im Ruhrgebiet erhalten. 1939 Soldat geworden, als Oberleutnant der Reserve nach Flensburg entlassen, dort selbständiger Kaufmann und dann Kreisgeschäftsführer der SPD gewesen. Von 1948 bis 1951 Ratsherr. Ab 1948 freischaffender Journalist.

PETER HANSEN PETERSEN, Gerichtsreferendar, cand. phil., geboren am 3. September 1929 in Flensburg, 1951 Abitur am humanistischen Gymnasium in Flensburg, bis 1955 Studium der Rechtswissenschaft, Philosophie und Geschichte in Kiel, Freiburg und München, 1954 erstes juristisches Staatsexamen.

HANS FRIEDRICH SCHÜTT, geboren 1926 in Flensburg, Reifeprüfung 1947. Studium der Philosophie in Freiburg und Kiel. Philologisches Staatsexamen 1954. Promoviert zum Dr. phil. mit einer Arbeit über das Flensburger Stadtrecht, 1953. Archivassessor 1956. Tätig im Stadtarchiv Flensburg.

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund (Bund für deutsche Friedensarbeit im Grenzland). Den Mitgliedern werden sie frei geliefert, anderen Beziehern für jährlich 1,88 DM zuzüglich Zustellgebühren (zusammen 2,— DM). Ausgabe A nur über die Geschäftsstelle zu bestellen. Bezugspreis im Jahr 88 Pf. zuzüglich Zustellgebühren (zusammen 1,— DM).

Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser allein verantwortlich — Geschäftsstelle: Husum, Theodor-Storm-Straße 9 — Alle Anfragen nach dort erbeten — Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe GmbH., Flensburg.

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

FLensburg —

wie es der Fremde vor 108 Jahren sah

Am lachendsten aber ist Angeln an seiner nördlichen Seite und nach Flensburg hin, wo es wahrhaft zu der Schönheit des östlichen Holsteins sich erhebt und eine Reihe adeliger Güter mit ihren halbantiken holzumgebenen Herrenhöfen sich glücklich unter die kraftvollen oft fast stundenlangen Dörfer mischt. Dort liegt am reizendsten unter Allem das alte Schloß Glücksburg, mitten im See unter Buchenhügeln, einst das alte Ruhkloster. Hinter seinen Bergen zeigt sich der herrliche Flensburger Meerbusen, der tiefste Eingriff des Meeres in die Landmasse der Herzogtümer, in dessen innerstem Winkel abermals in der hergebrachten Hufeisenform die größte Stadt des Herzogtums Schleswig Flensburg liegt. Flensburg ist eigentlich die selbstständigste Handelsstadt des Landes, deren kräftiges Geschäft kaum von Altona erreicht wird; die 16 000 Einwohner besitzen 150 größere Seeschiffe, worunter allein circa 30 Westindienfahrer; in den langgestreckten Straßen der Stadt, die sie wie zwei Arme um den schönen und tiefen Busen des Meeres klammert, herrscht ein äußerst lebendiger geräuschvoller Verkehr. Alles trägt hier den Stempel des gesunden Wohlstandes, der reelsten Capalkraft und der Handelsaristokratie, es ist eine Hamburg-Lübecker Luft, die dem Ankömmling aus diesen Räumen entgegenweht; große Häuser und Speicher, über deren lange waarenbedeckte Höfe man einen schmalen Spaziergang am Hafensrande, Hofenden genannt, erreichen kann, alte und neue immer massive hochdachige und hochkellerige Gebäude, bald enge, bald breite, an beiden Stadttenden außerordentlich steil in's Thal herabfallende Straßen, eine ziemliche Anzahl hoher unregelmäßig gebauter Kirchen, halbverwitterte übergebauete Thorbögen, Alles dies charakterisirt bezeichnend das hansestädtische Colorit der alten bewegten Handelsstadt. Unter den Kirchen begegnet hier dem Reisenden von Süden her die erste kleine dänische Kirche, welche als ein Luxusartikel conservirt wird. In Flensburg, dessen Handelsverkehr

wesentlich von Dänemark abhängig ist, dessen Handelsverbindungen sich vorzüglich in den Norden hinein erstrecken, hat bekanntlich eine dänisch gesinnte Geld- und Geschäftsaristokratie ihren Sitz, die an der von der Seefahrt abhängigen Volksklasse einen sicheren Rückhalt hat. Dänisch reden hört man fast gar nicht; aber in viele feinere Verhältnisse des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens ist dennoch jener Gegensatz der beiden Partheien eingedrungen, welche sich leicht des handelsstädtischen Indifferentismus der großen Mehrzahl zu bemächtigen vermögen und deren Führer einander immer schroff gegenüberstehen. Manchen ist das Uebergewicht der dänischen Parthei ein Räthsel, manche ziehen es in Zweifel, manche stellen sie gar als verächtlich dar, während die Ständewahlen ihre Uebermacht bethätigt haben. Ueber Nichts hört man überhaupt mehr Widersprüche als über Flensburg, das schon deswegen interessant wäre, aber noch anziehender wird eben durch jenes Begegnen zweier mächtigen Gegensätze in seinen Mauern, durch das grelle Zusammenstoßen zweier geistigen Richtungen. Auf eine seltsame Weise wird dieser Kampf auch gleichsam mit Geld durch das schleswig-holsteinische Banquiergeschäft und die Filialbank geführt. Ohne Zweifel wirkt er heilsam auf das sonst todte geistige Leben, wie es mercantile Blüthe zu begleiten pflegt, er bringt eine edlere Regung in den Egoismus der Handelswelt, er ist neben der Natur in Flensburg das einzige Bischen Poesie; sonst sind hier die geistigen Regungen schwach, die Intelligenz sparsam, die Indifferenz überwiegend, die Talente vereinzelt, die Lebenszeichen schwach und nur mercantile und industrielle Leistungen merkwürdig, sehenswerth eigentlich Nichts als die unendlich reizende Lage der Stadt. Der Flensburger Meerbusen ist ohne Zweifel die schönste Ostseebucht des Landes; schon der enorme Waldreichtum seiner ziegeleibedeckten Ufer gibt ihm vor allen seinen Geschwistern den Vorzug. Ueberall von den die Stadt umgebenden Bergen eröffnen sich die herrlichsten Prospective auf das Thal mit der bewegten und belebten Stadt; nirgends aber durchziehen — charakteristisch genug — Spazierwege oder Anlagen diese dafür geschaffene Gegend. Vorzüglich schön ist der Blick auf die Stadt und das Meer vom Ballastberge aus oder von der alten leider in ihrer würfelfhaften Gestalt wenig malerischen Schloßruine Duborg.

Aus: H. Biernatzki, Schleswig-Holstein. 1848.

Der Herausgeber dieser Hefte indentifiziert sich nicht mit diesem Bilde Flensburgs. Ob Licht und Schatten gerecht verteilt sind, möge der Historiker beurteilen. Wenn der Nachdruck erfolgte, so geschah es deswegen, damit der geneigte Leser und Besucher der heutigen Stadt sich durch die Lektüre der nachfolgenden Aufsätze selber ein Bild darüber mache, ob sich in den letzten 108 Jahren etwas verändert hat. Das vorliegende Heft gibt einen Ausschnitt aus dem Bemühen der heutigen Generation um die Aufgaben der städtischen Gegenwart und damit der

Stadtgeschichte.

Aus Flensburgs Geschichte — Front oder Brücke

Die Geschichte der Stadt Flensburg ist sehr vielschichtig, wie jede Stadtgeschichte, jedoch ist die Wirtschaft immer das Leitmotiv in der Stadtgeschichte gewesen. Um diesen Schwerpunkt herum gruppieren sich die soziologischen, verfassungsgeschichtlichen und kulturgeschichtlichen Erscheinungen, die zusammen mit den politischen Strömungen und Ereignissen das Gesamtbild der Stadtgeschichte ergeben. Eines aber unterscheidet Flensburg von anderen Städten und macht seine Geschichte zu etwas Besonderem: seine Lage im Grenzland.

Wenn man diesen Sektor der Stadtgeschichte, „Flensburg als Grenzstadt“, herausgreift, beschäftigt man sich also zwar mit einer höchst interessanten und für die Stadtgeschichte wichtigen Frage, hat aber doch nur einen schmalen Strang des gesamten breiten Flusses der geschichtlichen Erscheinungen im Blick.

Als Flensburg gegründet wurde — wie man annimmt, kurz vor 1200 — war das spätere Herzogtum Schleswig noch durch den dichten Grenzwald und das Danewerk vom niedersächsischen Siedlungsraum getrennt, und in Schleswig regierte ein vom dänischen König als Statthalter eingesetzter Prinz. Aber schon damals, zur Zeit der Gründung Flensburgs, war die Bevölkerung der Stadt aus verschiedenen Volkstümmern zusammengesetzt: die Bevölkerungskreise, die die städtische Art zu leben mitbrachten, kamen aus dem Süden, aus Niedersachsen oder Niederfranken, vielleicht auch aus Friesland, ein Großteil der Bevölkerung aber bestand aus dänischsprechenden Schleswigern, die aus der ländlichen Umgebung in die neue Stadt zogen.

Zwar fielen die ersten Jahre der jungen Gründung in eine Periode höchster dänischer Machtentfaltung, die besonders durch die Ausnutzung des welfisch-staufischen Gegensatzes in Deutschland möglich wurde; jedoch wirkte schon seit den Zeiten Knud Lawards der deutsche Einfluß nach Norden und bereitete die Aufnahme deutscher verfassungsrechtlicher Ideen vor, die besonders für Schleswig folgenreich werden sollte. Im Grunde geht es in dem ersten Kampf um Schleswig, der zwischen dem dänischen Königshaus und den dänischen Prinzen aus Abels Geschlecht geführt wurde, darum, für die Schleswiger Herzoge die Anerkennung deutschen Lehnsrechts durch die dänischen Könige durchzusetzen. Das ist nach einem zwanzigjährigen, nur durch Pausen unterbrochenen Ringen auch schließlich gelungen, so daß Abels Geschlecht im erblichen Besitz des Herzogtums bis 1375, bis zum Tode Herzog Heinrichs, geblieben ist und danach

die niederdeutschen Schauenburger nach schweren Kämpfen ihren Erbspruch auf die Belehnung durch Dänemark durchsetzen konnten. In diesem ersten Kampf um Schleswig hat Flensburg stark gelitten. Über die innerstädtischen Verhältnisse ist nichts bekannt, aber der Ort ist zweimal gründlich zerstört worden: einmal durch den König Erich Plogpennig 1248, einmal durch König Erich Glipping 1261. Falls es Flensburg gelungen war — auch hierüber ist nichts bekannt — schon vor 1240 im Ostseehandel Fuß zu fassen, dürften diese Ansätze durch die schweren Auseinandersetzungen zwischen König und Herzog wieder vernichtet worden sein. Die darauf folgenden Jahre jedoch, von 1264 bis 1375, ließen der Handelsstadt Flensburg Raum zur Entfaltung, so daß sie Schleswig aus der führenden Position im Herzogtum verdrängen und sich selbst zur wichtigsten Stadt des Herzogtums Schleswig entwickeln konnte. Gefördert von beiden Seiten, von dem Königtum im Norden und den Schauenburgern im Süden, bildeten sich in der Stadt verschiedene Parteien, die sich bei der zweiten dynastischen Auseinandersetzung um Schleswig von 1375 bis 1427 in Flensburg bekämpften. Die Fehde der Bürgermeisterfamilien Sivert und Achtrup, die Hinrichtung von Bürgermeister und Rat durch Königin Margarethe — falls sie geschehen ist — und die Aktionen Curd up der Luchts, des Parteigängers der Schauenburger, lassen die Erbitterung erkennen, mit der Flensburg umstritten wurde. Die Auseinandersetzung war ja auch nicht rein dynastisch, denn es ist natürlich, daß der niederdeutsche Bevölkerungsteil, der auch im ganzen die jüngeren Führungskräfte in der Stadt stellte, sich mehr zu den Schauenburgern hingezogen fühlte, während der dänische sich mehr Königin Margarethe verpflichtet fühlte. Weitere schwere Kämpfe um Schleswig sind Flensburg dann bis zum 19. Jahrhundert erspart geblieben. Allerdings hat Flensburg in dem „Jahrhundert der Kriege“, von 1627 bis 1721, bekanntlich sehr schwer gelitten. Aber in dieser schweren Zeit teilte Flensburg das Schicksal ganz Mitteleuropas, und seine Bürgerschaft wurde nicht durch einen Streit um die Stadt selbst in Parteien gespalten.

In dem deutsch-dänisch-norwegischen Gesamtstaat der Oldenburger wurde Flensburg dank seiner Grenzlage und seiner wirtschaftlichen Bedeutung zu einem Vermittler zwischen Nord und Süd. Es wurde Etappe auf dem Wanderwege der bürgerlichen Bevölkerung, die aus dem niedersächsisch-westfälischen Raum vornehmlich über Stade nach Norden wanderte und dort das skandinavische Städtewesen gründen oder ausgestalten half. Es wurde ebenfalls Etappe für die kulturellen und zivilisatorischen Anregungen, die nach Norden bis zur Hauptstadt Kopenhagen weitergegeben wurden, zusammen mit den Handelsverbindungen, die Skandinavien und Deutschland zugleich umspannten. In Flensburg selbst vollzog sich in der gleichen Zeit ruhiger Entwicklung die Einbürgerung der niederdeutschen Volkssprache und später der hochdeutschen Schrift- und

Predigtsprache und die Prägung der — insgesamt gesehen — deutschen Kultur der Stadt, wie sie uns seit dem 15. Jahrhundert entgegentritt. In der gleichen Zeit verhältnismäßig ruhiger innerpolitischer Entwicklung wurde es Flensburg als Ständemitglied und häufiger Landtagsort gewohnt, sich als Teil des Landes Schleswig-Holstein zu fühlen, denn die Stände, die sich aus Prälaten, Ritterschaft und Städten zusammensetzten, sorgten dafür, daß die Einheit des Landes auch nach den dynastischen Teilungen der Oldenburger gewahrt blieb.

Auch der absolute Gesamtstaat seit der *lex regia* (1660) kannte kein politisches Grenzproblem in Flensburg, erst recht keine politischen oder kulturpolitischen Programme, so daß die Stadt in ihrer kulturellen und soziologischen Struktur sich so entwickeln konnte, wie es die Einflüsse, die von verschiedenen Seiten auf sie wirkten, nun einmal mit sich brachten. Der deutsche Einfluß erreichte seinen Höhepunkt in der Zeit der deutschen Klassik und der Romantik. Seit jener Zeit ist aber auch dänisches Geistesleben in modernem Sinne in Flensburg lebendig, so daß es als Grenzstadt nun erst seine Aufgabe, Vermittler zwischen beiden Kulturen zu sein, voll erfüllen kann. Gleichzeitig mit der Romantik und der Besinnung auf die eigene Vergangenheit entstand der Wunsch der Völker, ihre alten Reiche, Gebiete und Bevölkerungen, die sie in irgendeinem für sie günstigen Jahrhundert besessen hatten, wiederzugewinnen oder neu auszubauen. Der dritte Kampf um Schleswig war nicht mehr dynastisch, sondern national bestimmt. Er hat wie die vorhergehenden Flensburgs Bedeutung als Handelsstadt fast zerstört und zu Parteibildungen in der Stadt geführt. Außerdem glaubte man nun, die Kraft des eigenen Volkstums durch polizeiliche, gesetzgeberische oder finanzielle Mittel verstärken zu müssen. —

Wenn man also den Sektor der Stadtgeschichte „Flensburg als Grenzstadt“ überschaut, dann kann man feststellen, daß diese Stadt nicht gleichzeitig Front und Brücke ist. Sie ist entweder Front oder aber sie ist Brücke, und zwar dann, wenn eine Front nicht mehr für nötig erachtet wird. Von dem Gang des Geschehens, von dem, was wir, wenn es vollzogen ist, Geschichte nennen, hängt es ab, welche Rolle der Stadt in Zukunft zugewiesen wird.

Das politische Gesicht der Stadt Flensburg seit 1920

Wodurch wird das politische Gesicht einer Stadt geprägt und woran erkennt man es? Geprägt wird es durch den politischen Willen ihrer Bevölkerung, der seinen Ausdruck vornehmlich in Wahlen und Abstimmungen findet. Doch läßt es sich nicht aus einer bloßen Aneinanderreihung von Wahl- und Abstimmungsergebnissen und der wechselnden Besetzung politischer Ämter erkennen, obwohl natürlich auch sie dazugehören. Aber sie sind ja nur die äußere Signatur für den Erfolg dieser oder jener politischen Gruppe. Ein ausdrucksvolles Gesicht mit deutbaren Zügen läßt sich nur dadurch gewinnen, daß man versucht, die Gründe für das Schicksal der einzelnen politischen Gruppen gerade in dieser Stadt zu erfassen. Der Bestand und Erfolg der politischen Gruppen richtet sich nicht nur nach ihrer Stellungnahme zu den aktuellen politischen Fragen, sondern ist weitgehend vorherbestimmt. Geschichte und Tradition der Stadt, soziale Struktur und soziales Bewußtsein ihrer Bevölkerung und oft auch deren konfessionelle Zusammensetzung sind Faktoren, die, indem sie die Entscheidung des Einzelnen für eine bestimmte politische Richtung und Partei bewußt oder unbewußt beeinflussen, das Schicksal der politischen Gruppen bestimmen.

Die Volksabstimmung

Nun spielt der konfessionelle Gegensatz in der kommunalen Politik Flensburgs noch keine Rolle, obwohl hier bisweilen etwas von der Konfessionalisierung der Politik im größeren Rahmen zu spüren ist. Dafür wird aber gerade das politische Gesicht der Stadt durch ein anderes Problem entscheidend bestimmt, nämlich durch den nationalen Gegensatz. Und gerade in der Zeit, in der wir jetzt mit der Betrachtung ihres politischen Gesichts beginnen wollen, war dieser es, der alles andere überschattete.

Der Beginn des Jahres 1920 zeigt die Stadt in der Zurüstung auf die Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes, wie es in den Artikeln 109 bis 114 des Versailler Vertrages geregelt war. Der Zeitpunkt für die gemeindeweise Abstimmung in der zweiten Zone war auf den 14. März 1920 festgelegt worden. Brennpunkt des Abstimmungskampfes in der zweiten Zone war die Stadt Flensburg. Für eine unparteiische Vorbereitung und Durchführung der Abstimmung sollte eine internationale Kommission sorgen (CIS), die am 24. Januar 1920 alle staatlichen und kommunalen Ämter und Funktionen übernahm.

Der Abstimmungstag selbst wurde zu einem Höhepunkt der Geschichte der Stadt.

Von Nord und Süd waren die Abstimmungsberechtigten in ihre Heimatstadt gekommen, die Straßen waren ein Wald von blau-weiß-roten Fahnen, der vom Rot-Weiß des Danebrog durchsetzt war. Die Abstimmung verlief ohne Zwischenfälle. Die nächtliche Kundgebung der deutschen Bevölkerung Flensburgs auf dem Südermarkt brachte die Freude und Dankbarkeit über das Abstimmungsergebnis zum Ausdruck.

Von 36 025 abgegebenen Stimmen hatten 27 081 für Deutschland und 8 944 für Dänemark gelautet. Damit hatte die Flensburger Bevölkerung erstmalig und unantastbar selbst entschieden: Flensburg ist eine deutsche Stadt!

Erst am 16. Juni 1920 räumte die CIS das Feld, und die Flensburger wurden wieder Herren im eigenen Haus. An der Spitze der Stadt stand damals Oberbürgermeister Dr. Todsén. Die Stadtverordnetenversammlung war aus den Wahlen vom 2. März 1919 hervorgegangen und bestand aus 48 Mitgliedern, von denen 24 einem Bürgerblock angehörten und 22 der SPD. Außerdem waren 1 unabhängiger Sozialdemokrat und 1 Guttempler gewählt worden. Der „Schleswigsche Wählerverein“, die Organisation der dänischen Minderheit, hatte an der Wahl nicht teilgenommen. Die Zahl derer, die sich in der Zeit zwischen Revolution und Abstimmung zu ihr bekannten, ist daher schwer abzuschätzen.

Im November 1919 hatte der „Schleswigsche Wählerverein“ eine Mitgliederzahl von 4 400, die jedoch im Laufe des Winters bis zum Februar 1920 auf rund 8 000 anstieg. Der im Juni 1920 anstelle des Wählervereins neugegründete „Slesvigsk Forening“ hatte dagegen Ende 1920 nur 4 700 Mitglieder und ist während der ganzen Zeit seines Bestehens kaum über diese Zahl hinausgekommen. Bei den ersten Wahlen, an denen die dänische Minderheit nach 1918 teilnahm, den Reichs- und Landtagswahlen am 20. Februar 1921, wurden für ihre Liste 3 669 Stimmen abgegeben.

Das Ergebnis der ersten Wahlen

Während die Wahlergebnisse der Stadt Flensburg bei den Wahlen zur Nationalversammlung und zur Preußischen Landesversammlung im Januar 1919 ein getreues Spiegelbild der politischen Stellungnahme der Bevölkerung in ganz Deutschland abgaben, zeigt die Zusammensetzung des ersten Flensburger Stadtparlaments doch schon eine etwas andere Einstellung. Hatten bei den ersten Wahlen die Parteien der späteren „Weimarer Koalition“ noch zusammen über 80 Prozent der abgegebenen Stimmen erreicht (SPD etwa 55 Prozent, Demokratische Partei knapp 30 Prozent), so errang die SPD bei den Kommunalwahlen nur etwa 43 Prozent und die DDP rund 12 Prozent. Das katholische „Zentrum“ hat in Flensburg, von dessen einheimischer Bevölkerung nur 2 Prozent katholisch sind, nie mehr als 500 Stimmen erhalten. Diese Verschiebung in den Wahlziffern ist aber wohl nicht nur auf den

kommunalpolitischen Akzent der aktuellen politischen Ereignisse zurückzuführen, sondern lag weitgehend in der soziologischen Struktur der Flensburger Bevölkerung begründet. Flensburg war eine „bürgerliche“ Stadt mittlerer Größe, deren wirtschaftliches Leben von Handel und mittlerem Gewerbe geprägt wurde. Es fehlte in größerem Ausmaß die Industriearbeiterschaft als natürliches und beständiges Reservoir sozialdemokratischer Wählerstimmen. Und selbst die bürgerliche „Linke“ in Gestalt der „Demokratischen Partei“ stand der Mehrzahl der zur Beharrlichkeit und Restauration neigenden Flensburger Bürger anscheinend noch zu weit „links“. Deshalb spiegeln diese ersten Wahlen wohl mehr eine Schockwirkung der Revolution wider als die wahre politische Gesinnung der Bevölkerung.

Zwar blieb die SPD immer noch stärkste Partei. Sie konnte sich bei den Kommunalwahlen gegenüber den im „Bürgerbund“ zusammengeschlossenen Parteien der Mitte und Rechten aber nicht durchsetzen. Auch bei den Wahlen zum Reichstag und zum Landtag am 20. Februar 1921 verschob sich die Gunst der Wähler. Die Stimmenzahl der SPD ging von 18 042 im Jahre 1919 auf 8 685 zurück. Noch stärker wurde die DDP dezimiert, die von 10 668 auf 3 019 Stimmen zurückfiel. Demgegenüber erreichte die DVP (Deutsche Volkspartei) mit einem Gewinn von rund 3 000 Stimmen die Zahl von 7 257, und auch die DNVP (Deutschnationale Volkspartei) konnte ihre Stimmenzahl mit 1 597 fast verdoppeln. Der USPD gelang zum einzigen Mal, ihre Stimmenzahl auf eben über 1 000 zu bringen; die Kommunisten blieben eben unter 1000.

Bei diesen Stimmenverhältnissen war es dann vorauszusehen, daß bei der damals unmittelbaren Wahl des Oberbürgermeisters im Jahre 1922 der Kandidat des „Bürgerblocks“, Dr. Todsén, der schon seit 1903 dieses Amt innehatte, wiedergewählt wurde. Er erhielt 13 798 Stimmen, während der Kandidat der SPD, Dr. Wagner, mit der Unterstützung der dänischen Minderheit nur 8 835 Stimmen erreichte.

SPD und dänische Minderheit

Diese Unterstützung der SPD durch die dänische Minderheit kam nicht von ungefähr und war nicht nur einseitig. Es bestand aus der Zeit des alten Reichstages zwischen den beiden auf höherer Ebene eine alte „Waffenbrüderschaft“. Die Lösung der Nordschleswigfrage mit der Abstimmung und ihre Durchführung ließ dieses Verhältnis, das hier im Grenzland sowieso nicht immer ungetrübt war, erkalten. Doch kam man sich nachher wieder näher, denn die dänische Minderheit fand in der SPD immer einen Bundesgenossen zur Durchsetzung ihrer berechtigten Interessen, meistens gegen die unversöhnlichere Haltung der bürgerlichen Parteien. In Flensburg war es auch, wo im November 1923 das sozialdemokratische Grenzabkommen vereinbart wurde. Obwohl auch

die Flensburger Sozialdemokraten mit diesem Abkommen wegen der darin enthaltenen Anerkennung der Grenze nicht restlos einverstanden waren, so fanden sie sich doch in der Praxis damit ab und haben sich immer gegen die nationalistische Agitation gewisser deutscher und dänischer Kreise gewandt.

Die „Rechte“ wird stärker

Mit nur unwesentlichen Abweichungen blieb das Stimmenverhältnis in der Stadt Flensburg bis 1933 konstant. Knapp 10 Prozent der Bevölkerung wählten dänisch, 25—35 Prozent sozialistisch und 45—55 Prozent bürgerlich. Dabei ging der Trend innerhalb des bürgerlichen Lagers im Laufe der Jahre immer weiter nach rechts. Deutlich zeigt dies die Reichstagswahl vom 4. Mai 1924. Die SPD erhielt nur 7 343 Stimmen und die DDP 2 455. Gewinner waren einmal die Dänen (4 265 Stimmen) und die Kommunisten (1 548 Stimmen); vor allem aber die Rechtsparteien: die DNVP mit 5 638 und der „Völkisch-soziale Block“ mit 2 287 Stimmen. Bei den ebenfalls am 4. Mai 1924 stattfindenden Kommunalwahlen erhielt dieser Block rund 1000 Stimmen und einen Abgeordneten, Pastor Friedrich Andersen, in der Stadtverordnetenversammlung. Diesem Pastor gebührt dann der traurige Ruhm, der erste Nazi-Abgeordnete in Flensburg zu werden, als der „Völkisch-soziale Block“ 1925 NSDAP-Ortsgruppe wurde. Im übrigen setzte sich die Stadtvertretung nach den Wahlen vom 4. Mai 1924 aus 16 Abgeordneten des „Bürgerbundes“, 11 der SPD, je 7 der dänischen Minderheit und des Beamten- und Angestelltenverbandes, 2 der KPD und 1 Guttempler zusammen.

Die besten Jahre

Die Jahre von 1924 bis 1929, die man wohl mit Recht als die besten Jahre Deutschlands seit Beginn des ersten Weltkrieges bezeichnen kann, waren auch für Flensburg eine Zeit relativer politischer Stabilität und ersprießlicher Arbeit. Die Ergebnisse der in diesem Zeitraum stattfindenden drei Wahlen lassen dies erkennen. Im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 26. April 1925 unterlag der Kandidat der Weimarer Koalition, Dr. Marx, mit 15 821 Stimmen Hindenburg, der 16 946 Stimmen erhielt. Reichspräsident v. Hindenburg stattete der Stadt, ebenso wie sein Amtsvorgänger Ebert, der am 7. September 1922 in Flensburg weilte, am 31. Mai 1927 einen offiziellen Besuch ab.

Bemerkenswert an den Wahlen zum Reichstag und Preußischen Landtag vom 20. Mai 1928 war auch in Flensburg der Stimmenzuwachs der SPD (1924: 9 799 Stimmen; 1928: 13 550 Stimmen) auf Kosten der Rechtsparteien und vor allem auch der Dänen, die nur 1646 Stimmen erreichten. Auch bei den Kommunalwahlen am 17. November 1929 errang die dänische Minderheit mit 2 932 Stimmen nur 4 Mandate und gab 3 an die SPD ab, die die Zahl ihrer Sitze in der Stadtverordnetenversammlung auf 14 erhöhen konnte. Die „Bürgerliche

Einheitsfront“ nahm dem Mittelstandsblock 4 seiner bis dahin 7 Mandate und erhöhte damit ihre Zahl auf 20. Der inzwischen für Pastor Andersen eingetretene Nazi-Abgeordnete Dr. Link konnte seinen Sitz mit 1087 Stimmen behaupten, ebenso die Guttempler.

Der Weg in die Katastrophe

Die letzten Jahre der Weimarer Republik zeigten auch in Flensburg den Zerfall der Bevölkerung in untereinander mehr oder weniger unversöhnliche Gruppen, die jede stetige politische Arbeit unmöglich machten. Bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 wurde die NSDAP mit 6 306 Stimmen zweitstärkste Partei nach der SPD mit 11 262 Stimmen. Symptomatisch war auch das Ansteigen der KPD auf 4 300 Stimmen. Die Zahl der dänischen Stimmen ging auf 1 109 zurück. Darüber hinaus kam es im Flensburger Rathaus zum Bruch zwischen der SPD und dem Bürgerblock. Anlaß war die Wahl eines neuen Oberbürgermeisters. Bei der Auswahl der neuen Kandidaten durch die Stadtverordnetenversammlung ließen die Bürgerlichen auf Grund ihrer Mehrheit nur ihre drei Kandidaten zu, ohne daß ein Kandidat der SPD auch nur zur Repräsentation zugelassen wurde. Der Auszug der SPD aus der Stadtverordnetenversammlung und die Absage der Teilnahme an den Einweihungsfeierlichkeiten des „Deutschen Hauses“ waren die Folge. Die Einweihung des „Deutschen Hauses“ fand am 27. September 1930 statt. Sie wurde zu einer internen Feier deutsch-bürgerlicher Kreise. Denn auch die dänische Minderheit nahm an ihr nicht teil, stellte doch dieses Gebäude den „Reichsdank für deutsche Treue“ an die Stadt für das Abstimmungsergebnis von 1920 dar. — Zum neuen Oberbürgermeister wurde am 9. Oktober Dr. von Hansemann gewählt.

Die Jahre 1931/32 standen in zunehmendem Maße im Zeichen der wirtschaftlichen und politischen Krise. Ende 1931 wurde Flensburgs größter Betrieb, die Werft, stillgelegt. Die Zahl der Arbeitslosen stieg und erreichte im Winter 1932/33 fast 14 Prozent der Bevölkerung. Die sozialdemokratische „Flensburger Volkszeitung“, die seit 1919 in der Stadt erschien, wurde ein Opfer der Deflation und stellte am 31. Juli 1931 ihr Erscheinen ein. Die „Volkszeitung“ war ein reines Parteiblatt gewesen, ohne größere Auflage und Verbreitung, so daß sie naturgemäß von der wirtschaftlichen Lage aufs schwerste getroffen wurde.

Das Jahr 1932 stand überall in Deutschland im Zeichen der Entscheidung zwischen Demokratie und Diktatur. Viermal mußte die Bevölkerung Flensburgs zur Wahlurne schreiten. Am 25. April 1932 wurde der Preußische Landtag neu gewählt. Am Vorabend dieser Wahl gab Hitler sein erstes und einziges Debüt in Flensburg und verkündete im Stadion sein verbrecherisch-verlogenes Programm. Am 10. April fand der zweite Wahlgang zu der Wahl des Reichspräsidenten statt. Hier lag der „republikanische“ Kandidat Hindenburg in

Flensburg mit 20 187 Stimmen klar an der Spitze vor Hitler mit 14 565 Stimmen. Es folgten dann noch im Juli und November zwei Reichstagswahlen, bevor der Präsident der Republik deren Totengräber zum Kanzler bestellte.

Die „Machtübernahme“

Der 30. Januar 1933 bedeutete das Ende des freien politischen Kräftespiels. Zwar fühlte man sich zunächst noch nicht so ganz sicher im Sattel und ließ am 5. März 1933 unter verhältnismäßig freien Voraussetzungen zum Reichstag wählen. Doch gelang es den Nationalsozialisten ebenso wie im Reichsdurchschnitt auch in Flensburg nicht, die absolute Mehrheit zu erringen; sie erreichten in der Stadt 42,7 Prozent, (im Landkreis 72 Prozent). Eine Woche später, am 12. März, fanden die letzten Kommunalwahlen statt. Obwohl die NSDAP mit 15 653 Stimmen weitaus stärkste Partei wurde, gelang es ihr nicht, die absolute Majorität im Stadtparlament zu bekommen. Ihren 21 Vertretern standen 24 Abgeordnete anderer Parteien gegenüber, und zwar je 9 der SPD und der „Bürgerlichen Einheitsfront“, 4 Dänen und 2 Kommunisten. Doch verschaffte man sich die fehlende Mehrheit sehr schnell. Zur ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. März 1933 wurden die 2 Kommunisten gar nicht erst geladen. Als nächste wurden nach dem Verbot der SPD deren 9 Abgeordnete entfernt. Am 8. August 1933 wurde die Verminderung der Sitze in der Stadtverordnetenversammlung von 45 auf 30 beschlossen. Die Nazi-Abgeordneten blieben selbstverständlich alle, 3 von den Bürgerlichen und 1 Däne mußten ausscheiden. Dieses „Rumpfparlament“ „wählte“ am 19. September 1933 anstelle von Dr. von Hansemann, der im August den neuen Machthabern hatte weichen müssen, Dr. Wilhelm Sievers zum neuen Oberbürgermeister. Durch das Preußische Kommunalgesetz vom 15. Dezember 1933 wurde auch die letzte demokratische Fassade beseitigt.

Das Ende der Politik

Damit war die Zeit demokratischer Selbstverwaltung für zwölf lange Jahre vorbei. Führerprinzip und Terror waren die politischen Grundsätze des neuen Systems, und dadurch wurde der Politik, zumindest in dem hier zu betrachtenden Rahmen, der Lebensnerv abgeschnitten. Denn Politik, verstanden als Handeln, das orientiert ist an der Macht, setzt voraus, daß einem solchen Handeln Spielraum gegeben wird. Das aber eben sucht und muß jede Diktatur um den Preis ihrer Existenz zu verhindern suchen. Daher gibt es in einem totalitären System keine Innen-„politik“, sondern nur einen von der Zentrale vorgeschriebenen Kurs. Ein Rivalisieren um die Macht im Staat, in Ländern und Gemeinden gab es nicht mehr — wenn man von der Existenz und Tätigkeit von Untergrundbewegungen und Widerstandskreisen absieht, deren Tun aber auch immer erst sekundär politisch ist und die in Deutschland mit Ausnahme der Gruppe des 20. Juli nie über das

Stadium der Sammlung hinaus zur Aktion kamen. Es wurde alles gleichgeschaltet und mußte im Rahmen der „Bewegung“ mitmachen.

NSDAP und dänische Minderheit

Und doch war gerade Flensburg einer der wenigen oder vielleicht sogar der einzige Ort in Deutschland, an dem der Nationalsozialismus sich bis zu einem gewissen Grade selbst eine Grenze setzte; und zwar geschah das gegenüber der dänischen Minderheit und ihren Mitgliedern. Die Zahl der dänischen Stimmen, die bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 mit 741 Stimmen ihren tiefsten Stand erreichte, war bei den Wahlen am 12. März 1933 wieder auf 3 363 angestiegen. Selbst wenn man davon ausgeht, daß einige dieser Stimmen nicht aus dänischer Gesinnung, sondern als einzig möglicher Protest gegen den Nationalsozialismus abgegeben wurden, so zeigt diese Zahl doch, daß ein fester Kern der dänischen Minderheit nach 1920 erhaltengeblieben war. Und dieser Teil der Flensburger Bevölkerung genoß auch in den zwölf Jahren der Naziherrschaft ein für die damalige Zeit beträchtliches Maß an „kultureller Autonomie“ und Freiheit von weltanschaulichem Zwang. Es soll nicht verkannt werden, daß in Einzelfällen von lokalen Instanzen und Organisationen „Nadelstich-Politik“ getrieben worden ist. Daß die dänische Minderheit und ihre Mitglieder aber etwa gar „planmäßig“ verfolgt wurden, das ist ein vielleicht zweckmäßiger Mythos. Wäre sie das gewesen, so wäre es nicht dabei geblieben, sondern bei den Methoden und der Skrupellosigkeit der Nazis wäre sie auch ihr Opfer geworden.

Flensburg unter dem Führerprinzip

Wahlen und Abstimmungen aus diesen Jahren sind uninteressant und wenig aufschlußreich. Eine einzige Liste, kontrollierbare Stimmabgabe und unkontrollierbare Stimmauszählung machten sie zu einer Farce. Bemerkenswert ist immerhin, daß bei der Abstimmung über Hitlers Präsidentschaft am 19. August 1934 den 34 228 Ja-Stimmen 8 193 Nein- und 912 ungültige Stimmen gegenüberstanden.

Am 1. Februar 1936 wurde der Oberbürgermeister Dr. Sievers, obgleich alter Parteigenosse und von den Nazis eingesetzt, auf Grund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ wieder abgesetzt. An seine Stelle trat am 31. März 1936 der bisherige Landrat von Dithmarschen, Dr. Dr. Ernst Kracht.

Der Krieg und seine Folgen

Den Krieg überstand die Stadt besser als die meisten anderen deutschen Städte. Abgesehen von einem kleinen Angriff am 19. Mai 1943 und einigen zufälligen Treffern am Ende des Krieges blieb die Stadt von Fliegerangriffen verschont. Auch die alliierte Besetzung der Stadt erfolgte erst nach der Teilkapitulation im Norden

am 5. Mai 1945, so daß keinerlei Kampfhandlungen mehr stattfanden. Dafür wurde Flensburg dann der tragische Ruhm zuteil, der letzte Sitz der Reichsregierung zu werden, die von hier in die Gefangenschaft der Alliierten ging. Über den letzten Reichssender in Flensburg wurde dem deutschen Volk die bedingungslose Kapitulation mitgeteilt.

Schon seit Beginn des Jahres 1945 strömten aus dem Osten die Flüchtlinge nach Schleswig-Holstein hinein, und ganz besonders in das weder zerstörte noch besetzte Flensburg. Die Einwohnerzahl der Stadt stieg sprunghaft an und erreichte Ende 1948 mit rund 107 000 ihren höchsten Stand. Davon waren 42 000 Flüchtlinge, die zum allergrößten Teil aus Pommern, Ostpreußen und auf dem Seeweg aus dem Baltikum kamen, also Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie. Dieser ungeheure Bevölkerungszuwachs wirkt sich natürlich noch heute auf die wirtschaftliche Lage der Stadt und ihre Bevölkerung aus.

Die Minderheit erhält die Mehrheit

So litt die Stadt Flensburg weniger unter dem Krieg selbst als vielmehr unter den Kriegsfolgen. Und diese Folgen eines verlorenen Krieges waren es auch, die die letztlich wohl nur als massenpsychologisches Phänomen verständliche neudänische Bewegung mit verursachten. Sie erreichte besonders in Flensburg ein weder gekanntes noch geahntes Ausmaß. Eine Petition, die in geradezu unterwürfiger Weise vom dänischen Volk und König die Annexion Schlesiens forderte und die in Flensburg von fast 13 000 Befragten 10 000 unterschrieben, bevor sie von der Militärregierung verboten wurde, zeigt das Ausmaß des moralischen Bankrotts.

Eine Resolution, die sich nur in der Form von jener Petition unterschied, faßte auch die Mehrzahl der Flensburger Sozialdemokraten. Damit zeichnete sich schon der Weg ab, den die Sozialdemokratie in Flensburg nehmen würde, nachdem sich die Partei im Januar 1946 wieder konstituiert hatte. Sie wollte die Grenze von 1920 nicht als endgültig anerkennen und forderte die erneuerte Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes. Darüber kam es dann zu der denkwürdigen Kundgebung am 7. Juli 1946 in Husum, auf der der SPD-Vorsitzende Dr. Schumacher den Flensburger Kreisverein der SPD aus der Partei ausschloß. Der Kreisverein führte dann in der Stadt Flensburg als „Sozialdemokratische Partei Flensburg“ (SPF) ein politisch fruchtloses Dasein und war von Bedeutung nur als Hilfstruppe des SSW. Noch schlechter allerdings ging es dem neugegründeten Kreisverein der SPD, der sich im wesentlichen aus Flüchtlingen zusammensetzte und keinen Einfluß auf die Lenkung der Geschicke der Stadt nehmen konnte.

Die neue Stadtvertretung

Mit der Besetzung der Stadt durch die Engländer am 5. Mai 1945 nahm auch die

deutsche Stadtverwaltung ein Ende. An ihre Stelle trat die Militärregierung. Aber bereits am 16. Mai 1945 wurde von der Besatzungsmacht wieder eine deutsche Stadtverwaltung mit beschränkter Kompetenz ernannt. Zum Oberbürgermeister wurde I. C. Möller, der schon seit 1924 als Vertreter der dänischen Minderheit in der Ratsversammlung gesessen hatte, bestellt; Bürgermeister wurde C. C. Christiansen, einer der markantesten Vertreter des Deutschtums in Flensburg; Oberstadtdirektor wurde der Sozialdemokrat Fr. Drews. Daneben wurde eine Ratsversammlung ernannt, deren Sitze entsprechend der vermeintlichen Stärke der politischen Parteien aus der Zeit vor 1933 verteilt wurden. Wie sich die Stärkeverhältnisse aber verändert hatten, zeigte sich bei den ersten Kommunalwahlen am 13. Oktober 1946. Die dänischorientierten Parteien erreichten 66 % aller abgegebenen Stimmen (SSV 44 %; SPF 22 %), während CDU und SPD beide bei etwa 14 % lagen. Auf Grund des ungerechten Wahlrechts sah die Mandatsverteilung noch ungünstiger aus; die Dänen besetzten 33 Sitze, die Deutschen 6. Der deutsche Bürgermeister C. C. Christiansen mußte Nic. Reiser, dem Vorsitzenden der inzwischen ins dänische Lager geratenen SPF, weichen.

Wenn sich später auch herausstellte, daß dies Wahlergebnis nicht das letzte Wort in der nationalpolitischen Stellungnahme der Flensburger Bevölkerung war, so entsprach es durchaus der Intensität der dänischen Arbeit. Und diese wurde ihnen natürlich durch ihre überragende Mehrheit sehr erleichtert und zum Teil erst ermöglicht. Es sei hier nur an die langjährige Verpachtung der schönsten städtischen Schulen an den dänischen Schulverein erinnert.

Die nächsten Wahlen, am 20. April 1947, waren erstmalig Wahlen zum Schleswig-Holsteinischen Landtag. Hier erreichte der SSV — die SPF konnte auf Grund ihrer örtlichen Beschränkung nur an den Kommunalwahlen teilnehmen — immer noch mit 31 814 Stimmen in Flensburg 61 %, während CDU und SPD nur 19 % bzw. 17 % erhielten. Von einer entscheidenden Wendung der Verhältnisse konnte aber trotz des leichten Rückganges der dänischen Stimmen in Flensburg noch keineswegs die Rede sein.

Das Deutschtum erstarkt

Mit Spannung sah man daher von beiden Seiten den für den 24. Oktober 1948 ausgeschriebenene Kommunalwahlen entgegen. Dementsprechend heftig und intensiv verlief auch der Wahlkampf. Am Abend der Wahl muß Flensburg an den Abend des 14. März 1920 erinnert haben. Nachdem das Ergebnis bekanntgeworden war: 31 581 Stimmen für die Kandidaten der deutschen Wahlgemeinschaft gegenüber 30 352 Stimmen der Dänen, versammelte sich auf dem Südermarkt eine große Menschenmenge und zog von dort zum Rathaus, das man wieder mit deutscher Mehrheit wählte. Um so größer war die Enttäuschung

am nächsten Tag. Trotz der deutschen Mehrheit fiel die Mandatsverteilung zum Vorteil der dänischen Minderheit aus. Mit 21 Sitzen gegenüber 19 deutschen Mandaten behielten sie eine knappe Mehrheit. Diese wurde von ihnen rücksichtslos ausgenutzt. I. C. Möller wurde wieder zum Oberbürgermeister gewählt. Bei der Besetzung des Bürgermeisterpostens kam es zum Streit. Die deutsche Fraktion beanspruchte diesen für ihren Kandidaten Thomas Andresen. Der erhielt jedoch nur 18 Stimmen, und die Vertreter der dänischen Minderheit wählten Nicolaus Reiser wieder.

Zerfall der deutschen Front

So blieb das Flensburger Rathaus weiter in dänischen Händen, obwohl mit der Zeit immer deutlicher wurde, daß die „Stromkenterung“ für die dänische Bewegung erfolgt war. Bei den Wahlen zum ersten Bundestag am 14. August 1949 ging der Stimmenanteil des SSW mit 27 151 auf 44 % zurück. Bei dieser Wahl kam es auf deutscher Seite zum Zerfall der bis dahin alle bedeutenden Parteien umfassenden Wahlgemeinschaft. Die SPD stellte einen eigenen Kandidaten auf und leitete damit den „neuen Kurs“ ihrer Grenzpolitik ein, der von dem doppelten Ziel bestimmt war, zu einer Beruhigung im Grenzland und zu einer Verständigung mit der dänischen Regierung zu kommen und der Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien in Flensburg. Daß dieser Entschluß und seine Folgerungen bei der deutschen Bevölkerung wenig Anklang fanden, bewiesen die Wahlziffern. Die SPD erreichte nur 5 462 Stimmen, während der Kandidat des deutschen Wahlblocks mit 26 224 Stimmen gewählt wurde.

Auf Grund der neuen Schleswig-Holsteinischen Gemeindeordnung fand im Mai 1950 eine Neuwahl des Magistrats statt. Für das neue Amt des Stadtpräsidenten als Vorsitzendem der Ratsversammlung wurden I. C. Möller und als sein Vertreter Th. Andresen einstimmig gewählt. Dem von SSW und SPF vorgeschlagenen Kandidaten für den Posten des Oberbürgermeisters, Fr. Drews, bestritt man von seiten der deutschen Fraktion die Qualifikation für dieses Amt. Dennoch wurde er mit den Stimmen des SSW, der SPF und eines Teils der SPD gewählt. Mit denselben Mehrheitsverhältnissen wurden auch die Magistratsmitglieder gewählt, und zwar ausschließlich aus den Reihen der dänischen Minderheit und der SPD. Gegen diese Majorisierung protestierten die Vertreter des deutschen Wahlblocks und verließen die Sitzung.

Das Rathaus wird wieder deutsch

Die Quittung für ihr Zusammengehen mit den dänischen Parteien bekam die SPD bei den Kommunalwahlen am 29. April 1951. Mit 4450 Stimmen gelang es ihr nicht, auch nur einen Sitz in der neuen Ratsversammlung zu gewinnen. Diese vorzeitigen Kommunalwahlen waren das verantwortungslose Koalitions Geschenk

der CDU an den neuen Partner BHE. Schon bei den Landtagswahlen im Juli 1950 hatte sich gezeigt, daß das Auftreten dieser Flüchtlingspartei der dänischen Bewegung ihr brüchigwerdendes Fundament wieder stärkte. Bei den Kommunalwahlen nahmen daher die dänischen Stimmen im Vergleich zur Landtagswahl wieder leicht zu. Mit 26 523 Stimmen besetzten SSW und SPF 18 Ratsitze. Die „Wahlgemeinschaft Deutsches Flensburg“ erhielt mit 27 915 Stimmen 21 Sitze. Damit hatte die Stadt Flensburg seit 1946 erstmalig wieder eine deutsche Mehrheit in ihrem Rathaus. Die Folge war, daß Stadtpräsident I. C. Möller und sein Stellvertreter Th. Andresen ihre Posten tauschten.

Nach dieser Wahl trat in dem politischen Leben der Stadt eine gewisse Beruhigung ein, zumindest, was den nationalen Gegensatz betrifft. Bei der Bundestagswahl am 6. September 1953, in der der Kandidat des Wahlblocks, W. Rasner, gewählt wurde, ging die Zahl der SSW-Stimmen auf 18 847 (32,2 %) zurück, und bei der Landtagswahl am 12. September 1954 gelang es der Minderheit mit 19 462 Stimmen selbst in Flensburg nicht, einen ihrer Kandidaten gewählt zu bekommen.

Wiedervereinigung von SPD und SPF

Bei diesen Landtagswahlen stand der SSW zum ersten Mal allein, denn inzwischen war es nach langem Hin und Her zur Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien in Flensburg gekommen. Schon zu Anfang des Jahres 1953 war offen zutage getreten, daß auch innerhalb der SPF ein starker Flügel, an der Spitze der Vorsitzende Reiser, für einen Wiederanschluß an die SPD eintraten. Es dauerte aber noch über ein Jahr, bis die SPF am 25. Juni 1954 sich für die Wiedervereinigung mit der SPD entschied. Diejenigen, die diese Rückkehr nicht mitmachen wollten, gründeten auch in Flensburg den „Sønderjydske Arbejder Forening“, der jedoch mehr gewerkschaftlich als politisch orientiert ist und zahlenmäßig wohl kaum jemals eine Rolle spielen wird.

Normalen Verhältnissen entgegen

Wenn der Zusammenschluß der beiden sozialdemokratischen Parteien in Flensburg bei den Landtagswahlen im September 1954 noch keine spürbaren Auswirkungen für die Partei gehabt hatte, so gelang es der SPD bei den Kommunalwahlen am 24. April 1955, mit 7814 Stimmen fünf Sitze in der Ratsversammlung zu besetzen. Stärkste Fraktion wurde die „Wahlgemeinschaft Deutsches Flensburg“ mit 15 Sitzen (21 613 Stimmen), dicht gefolgt vom SSW mit 14 Sitzen (19 114 Stimmen). Der „Deutsche Wahlblock Flensburg“, ein Zusammenschluß des neugegründeten „Schleswig-Holstein-Blocks“, der DP und der DRP, errang mit 2728 Stimmen einen Sitz. Nach dieser Wahl trat der bisherige Oberbürgermeister, Fr. Drews, dessen Rücktritt man von deutscher Seite immer schon gefordert hatte, aus Krankheitsgründen in den Ruhestand. Damit war auch

der Platz frei für einen deutschen Oberbürgermeister. Hierzu wurde der bisherige Stadtpräsident Th. Andresen gewählt. Neuer Stadtpräsident wurde Carl Jensen von der deutschen Wahlgemeinschaft. Bürgermeister wurde der Kandidat des SSW, Dr. Helmut Christensen.

So hat sich das politische Gesicht der Stadt Flensburg zehn Jahre nach dem Zusammenbruch langsam aber stetig wieder normalisiert. Damit ist die Voraussetzung gegeben, daß endlich auch auf dem Gebiet des Politischen beide nationale Bevölkerungsgruppen, die nun einmal in Flensburg zusammenleben müssen, dieses in Frieden und gegenseitigem Verständnis tun.

*

„Noch jetzt ist in Flensburg in mancher Beziehung ein wahres Chinesentum zu Hause. ... Während die dänischen Bürger einen Club haben und einstimmig handeln, haben die Deutschen derer drei, und wer Mitglied der „Euterpe“ ist, kann sich im „Odeon“ nicht sehen lassen, und umgekehrt, wer zu einer der beiden Gesellschaften gehört, ist von den geheimen Sitzungen der „Stadt Hamburg“ ausgeschlossen. Als vor einigen Monaten ein neuer Magistrat gewählt werden sollte, wurden von den drei verschiedenen Clubs die verzweifelsten Anstrengungen gemacht, Kandidaten aufzustellen, und als man sich endlich geeinigt hatte, 40 Kandidaten für die 24 Deputierten zu nominieren, flüsterte mir ein Spießbürger in das Ohr: „Laten Se man gut sin, min Kandidaten waren wählt.“ Und richtig! Die Kandidaten des Spießbürgers kamen an das Ruder und all die Reden, alle Ermahnungen zur Eintracht und Drohungen mit entsetzlichem Fiasko waren vergeblich gewesen. Es handelte sich bei der Deputiertenwahl vielleicht um die Zukunft Flensburgs und Nordschleswigs. Jeder vernünftige Mensch hätte daher glauben sollen, daß die Deutschen wie ein Mann zusammenstehen würden, zumal sie die Dänen einig sahen; aber der Zopf regiert noch in der guten Stadt, und wo der zu Hause ist, da ist Hopfen und Malz verloren.“

*

Wenn man nicht an Stil und Namen erkennen würde, daß diese Zeilen im vorigen Jahrhundert, nämlich in dem 1865 erschienenen Buch von Graf Baudissin, „Schleswig-Holstein meerumschlungen“, geschrieben wurden, so könnte man es für eine Schilderung der Zustände in Flensburg bis in die Gegenwart hinein halten. Vielleicht kommt es in dem vorangehenden, mehr objektivistisch gehaltenen Bericht nicht so zum Ausdruck, aber die deutsche Bevölkerung Flensburgs ist bis heute in zwei sich mehr oder weniger ablehnend und mißtrauisch gegenüberstehende Gruppen gespalten: auf der einen Seite das politisch in den Parteien der Mitte und Rechten beheimatete Bürgertum und auf der anderen die Sozialdemokratie.

Diese „Spaltung“ des Volkes trifft nun nicht nur auf Flensburg zu, sondern ist ein allgemeines deutsches Übel. Das Bürgertum sah und sieht oft zu Unrecht auch heute noch in den Sozialdemokraten je nach Bedarf die „vaterlandslosen Gesellen“, die Anarchisten oder verkappte Kommunisten. Umgekehrt hat es eine derartig grundsätzlich abwertende Einstellung der Sozialdemokratie dem Bürgertum gegenüber eigentlich nie gegeben. Denn der ihr so oft als psychologisches Fundament ihrer politischen Zugkraft vorgeworfene Klassenhaß ist doch eine Ausgeburt des bürgerlichen Ressentiments, und zumindest seit 1918 ist selbst das proletarische Klassenbewußtsein auch nicht mehr das überwiegend einheitstiftende Band der Partei. Trotz allem operiert man auf beiden Seiten immer noch mit den Residuen überkommener falscher Vorstellungen, und sie zerstören das in vielen Fragen notwendige Fundament für ein gemeinsames Handeln.

Eines der Leidtragenden dieses unseligen Zwistes ist das Deutschtum in Flensburg, und hier muß auch die Sozialdemokratie ihr Maß an Schuld übernehmen. In der Abstimmungszeit waren es vor allem die „Berliner Entschließung“ der Sozialistischen Internationale, die mit der vielleicht vorschnellen Zustimmung der SPD die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes in der später durchgeführten Art vorsah, und der vom bürgerlichen „Deutschen Ausschuß“ proklamierte unsinnige Stimmstreik in der 1. Zone, der beide Lager getrennt auf das gemeinsame Ziel hin marschieren ließ. Denn beide Gruppen hatten mit großer Mehrheit ihre nationalpolitische Entscheidung für Deutschland getroffen; deutsch waren sie aber auch beide in ihrer Neigung, keinen Fingerbreit vom eigenen Standpunkt abzuweichen zugunsten einer Gemeinsamkeit in wichtigeren Fragen.

Nun ist es so, daß man dieses postulierte gemeinsame Fundament nicht zu sehr strapazieren darf, indem man es dauernd als notwendig hinstellt. Nur wenn wirklich letzte nationale Fragen zur Entscheidung stehen, sollte man sich darauf berufen, sonst überspannt man den Bogen und endet im Nationalismus als Grundhaltung. Diese Gefahr sollte sich das Bürgertum bei ihren dauernden Appellen an das nationale Gewissen der SPD immer vor Augen halten. Denn während der ganzen Zeit der Weimarer Republik bestand von der Lage im Grenzgebiet her keine Notwendigkeit für eine gemeinsame deutsche Front.

Die zwölf Jahre des Nationalsozialismus demonstrierten das andere Extrem, die Einheitlichkeit des politischen Wollens unter dem Regiment von Zwang und Terror, und führten es ad absurdum.

Ein echter „nationaler Notstand“ lag in den Jahren nach 1945 vor. Wielange hier eine allumfassende deutsche Blockpolitik notwendig war, ist umstritten. Die spätere Entwicklung hat aber doch wohl der sozialdemokratischen Konzeption recht gegeben, auf Grund der die SPD im Sommer 1949 aus dem Block „ausscherte“. Das änderte aber nichts an ihrer deutschen Einstellung, selbst wenn

man das unverständliche Verhalten der Flensburger SPD bei den Magistratswahlen in Betracht zieht, die hier zu sehr auf den eigenen Vorteil bedacht war. Immerhin ist es der SPD mit ihrem „neuen Kurs“ gelungen, die Flensburger Sozialdemokraten, die sich im Gegensatz zu 1920 dem deutschen Aufgebot der SPD im Jahre 1945 versagten, zurückzugewinnen. — Inzwischen hat sich die Lage im Grenzgebiet wieder beruhigt, und die Politik mit ihren notwendigen Gegensätzen bekommt gegenüber dem Nationalen wieder ihr eigenes Gewicht.

So ist Flensburg trotz des dauernden Nebeneinanders und des zeitweiligen Gegeneinanders der beiden deutschen Gruppen selbst in zwei bedrohlichen Situationen immer eine deutsche Stadt geblieben. Hoffen wir, daß es ein drittes Mal nicht darauf ankommt.

Wirtschaft und Finanzen einer Grenzstadt

Das Wintersemester der Flensburger Volkshochschule wurde kürzlich mit einem Referat über das Thema: „Die Kunst, das nächste Nötige zu tun“ eröffnet. Als eine der Voraussetzungen für die Beherrschung dieser Kunst wurde eine besondere Sorgfalt in der Erkundung von Tatbeständen gefordert. Prägnanter ließe sich das Wesen der kommunalen Arbeit kaum definieren; auch bei ihr geht es in der Regel um nichts anderes, als das nächste Nötige zu tun; auch sie erfordert daher eine sorgfältige Erkundung der tatsächlichen Gegebenheiten, die sie bedingen. Das sind in erster Linie Wirtschaft und Finanzen. Eine intime Kenntnis des Wirtschaftslebens ist daher für den Kommunalpolitiker unerlässlich. Aber er muß nicht nur Soll und Haben kennen, sondern auch den Schweiß und die Sorgen, die hinter den Steuergroschen stehen, mit denen er arbeitet. Sie sind die eigentliche Grundlage des Gemeinwesens, dem er dient; und er wird immer wieder feststellen müssen, daß diese Grundlagen, mittelbar oder unmittelbar, auf politische Entscheidungen und Entwicklungen zurückgehen.

Politik und Wirtschaft bedingen einander

Daß Wirtschaft und Politik voneinander abhängig sind, zeigt die Geschichte der Grenz- und Handelsstadt Flensburg in ganz besonderem Maße. Zu wiederholten Malen wurde hier eine stetige Entwicklung durch großpolitische Ereignisse jäh abgebrochen. Das zeigen die großen Zäsuren 1864/66 —1920 —1945. Geographische Mitte zwischen Rendsburg und Kolding, vor dem Eingang zum Großen und Kleinen Belt gelegen, war Flensburg einer der bedeutendsten Handelsplätze im Verband des Gesamtstaates und erlebte Ende des 18. Jahrhunderts eine besondere Blütezeit. Fernbeziehungen der Hafenstadt prägten ihr Wirtschaftsleben und fanden ihren Niederschlag in Zuckersiedereien, Tabakfabriken, Stärkefabriken, Seifensiedereien, Färbereien, Essigfabriken, Ziegelbrennereien und Segeltuchfabriken. Auch eine Tranbrennerei, Lohgerberei, Papierfabrik und ein Kupferwalzwerk gab es in Flensburg. Insbesondere wurde der Jamaika-Rum die Grundlage eines auch heute noch bestehenden großen Industriezweiges. Ein traditioneller Erwerbszweig war der Schiffbau; die Flensburger Reedereiflotte war eine der größten Nordeuropas. Der Anschluß der Herzogtümer an Deutschland fiel in die Zeit des allgemeinen industriellen Aufschwungs und verlangte deshalb in jeder Weise eine erhebliche wirtschaftliche Umstellung. Wohl blieb der Stadt der Überseemarkt erhalten, er

verlor jedoch angesichts der neuen Aufgabe der Versorgung mit Industrieartikeln an Bedeutung. Der abgelegene Raum war der Dynamik der deutschen Industrie nicht ohne weiteres gewachsen; der Anschluß an ihren Aufschwung blieb der Stadt daher zunächst versagt. Auch die Schifffahrt schien durch den Fortfall der dänischen Fernbeziehungen lahmgelegt. Glücklicherweise fiel jedoch in diese Zeit der Übergang von der Segel- zur Dampfschifffahrt. Die weltwirtschaftliche Situation wurde richtig erkannt und genutzt; die Gründung der Flensburger Dampfschiffahrts-Gesellschaft von 1869 brachte die Umstellung von der Handelsreederei zur Frachtschifffahrt und damit die sichere Gesundung. Die Gesellschaft begann bald mit dem Bau eigener Schiffe, und 1874 belegte die Flensburger Schiffbau-Gesellschaft die erste Helling. Die Aktienbrauerei und die Privatbank wurden gegründet. Daneben vollzog sich eine gewisse Strukturverschiebung in der Flensburger Wirtschaft, die sich unter dem Druck des industriellen Konzentrationsprozesses auf lohnintensivere Fabrikation umstellte.

So gelang nach einigen Krisenjahren doch noch der Anschluß an den deutschen Wirtschaftsaufschwung: handwerkliche Betriebe entwickelten sich zu Fabriken mit beachtlichen Leistungen in der Spezialherstellung von Holzbearbeitungs- und Molkereimaschinen. Neben der Palmkernölfabrik entstanden die Reismühle und die Walzenmühle. Zu einem leistungsfähigen Handwerk gesellte sich ein aufblühendes Kunsthandwerk. Ein umfangreicher Großhandel versorgte die Umgegend; zugleich wurde Flensburg zur Zentraleinkaufsstadt für das nördliche und südliche Hinterland.

Die Abtrennung Nordschleswigs 1920 brachte daher die Zerreißung eines Wirtschaftsgebietes, das zur Einheit geworden war, und nahm Flensburg etwa 170 000 Konsumenten; Handel und Industrie büßten zwischen dreißig und fünfunddreißig Prozent ihres Umsatzes ein. Für die ihr verbliebenen Aufgaben war die Stadt zu groß geworden, weshalb ihre Bevölkerungszahl denn auch für die nächsten fünfzehn Jahre stagnierte. Die in der Folge eingeleiteten Hilfsmaßnahmen waren nicht immer zweckmäßig und erfolgreich (z. B. Tarifvergünstigung für Eisen- und Stahlwaren, Eisenbahn Flensburg — Husum, Zollausschlußgebiet, Filialgründung Flensburger Firmen in Nordschleswig), Jedoch brachte die Grenzlage auch einige Pluspunkte: den Seegrenzschlachthof, ein lebhaftes Grenzpeditions-gewerbe und neue Industrie (Fischkonserven- und Schokoladenfabrik) sowie Kühlhaus und Silos. Erst spät erholten sich die Reedereien; 1936 war die Hälfte des Vorkriegsbestandes noch nicht wieder erreicht, zumal zwei große Reedereien (Schuldt und Horn) die Stadt verlassen hatten.

Die Katastrophe von 1945 stellte neue, gewaltige Anforderungen, deren Bewältigung rückblickend fast wie ein Wunder erscheint. Die Teilung Deutschlands brachte die Trampschifffahrt zum Erliegen. Zum Eisernen Vorhang

kam die hermetische Schließung der Nordgrenze. Die lineare Erhöhung der Eisenbahntarife 1948 drohte jede wirtschaftliche Erholung im Keime zu ersticken. Inzwischen haben Währungsreform und „Wirtschaftswunder“ das Bild gewandelt und auch positive Möglichkeiten zum Tragen kommen lassen. Die Initiative heimatvertriebener Unternehmer schuf rund 1200 neue Arbeitsplätze. Heute zählt die FSG wieder 2500 Beschäftigte und ist bis 1960 mit Aufträgen eingedeckt. Die Tonnage der heimischen Reedereien wuchs auf 45 000 BRT. Die Einbeziehung in das Zonenrandgebiet, die die Handelskammer erreichte, brachte eine fünfzigprozentige Ermäßigung der Beförderungssteuer und Frachthilfe für gewisse Branchen, so daß die Wirtschaft der Stadt Flensburg doch, wenn auch in beschränktem Maße, an der westdeutschen Konjunktur teilnahm. Von 1952 bis 1955 gelang den 84 Flensburger Betrieben mit mehr als zehn Beschäftigten eine Umsatzsteigerung von 135 auf 188 Mio = 38,8 Prozent. Gleichzeitig stieg die Zahl der Beschäftigten in diesen Betrieben um 12 Prozent, von 6 381 auf 7 023. Eine Niederlassung der Firma Danfoss, die sich beachtlich entwickeln könnte, scheint gesichert. Die „weiße Industrie“ — Fremden- und Reiseverkehr — nimmt von Jahr zu Jahr an Bedeutung zu. Die Stationierung militärischer Einheiten im Flensburger Raum wird neue Konsumenten und damit eine weitere Belebung bringen. Auch gewisse grenztechnische Erleichterungen haben dem Handel unserer Stadt neue Chancen eröffnet, die besonders an den verkaufsfreien Sonntagen deutlich werden.

Tatsachen und Zahlen

Dreimal hat sich der Rhythmus von Blüte, Sturz und Aufstieg wiederholt. Dreimal hat sich aber auch gezeigt, daß politische Umwälzungen die Wirtschaft der Grenzstadt besonders hart trafen und ihre Erholung besonders lange Zeit erforderte. Auch heute wieder ist ein Gefälle spürbar; es spiegelt sich deutlich in den Steuerzahlen.

Sowohl 1951 wie 1955 lag das Steueraufkommen in Flensburg pro Kopf der Bevölkerung erheblich unter dem der Städte Kiel und Lübeck, aber auch unter dem Durchschnittssatz für Schleswig-Holstein und erst recht unter dem des Bundesgebietes, den Flensburg nicht einmal zur Hälfte erreichte. Hier sprechen die nüchternen Zahlen eine beredete Sprache:

Einkommensteueraufkommen je Kopf der Bevölkerung (Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer)

Finanzamtsbezirk	1951 DM	1955 DM	Steigerung 1951—1955 %
Flensburg	81,31	111,33	36,9

Kiel-Nord und -Süd	102,44	171,73	67,6
Lübeck	128,71	195,55	51,9
Schleswig-Holstein	86,86	122,16	40,6
Bundesgebiet	167,90	231,57	37,9

*Veranlagtes Einkommensteueraufkommen je Kopf der Bevölkerung
(ohne Lohn- und Körperschaftsteuer)*

Finanzamtsbezirk	1951 DM	1955 DM	Steigerung 1951—1955 %
Flensburg	46,97	53,65	14,2
Kiel	34,13	56,86	66,0
Lübeck	40,84	63,74	56,1
Schleswig-Holstein	42,28	55,41	31,5
Bundesgebiet	54,06	80,37	48,7

Lohnsteueraufkommen je Kopf der Bevölkerung

Finanzamtsbezirk	1951 DM	1955 DM	Steigerung 1951—1955 %
Flensburg	23,82	37,02	55,4
Kiel	54,68	84,48	54,5
Lübeck	51,46	81,42	58,2
Schleswig-Holstein	31,26	51,46	64,6
Bundesgebiet	61,27	89,36	45,9

Ähnliches gilt für die Beschäftigtenzahlen. Hier ist von 1951 bis 1956 die folgende Steigerung zu verzeichnen:

Flensburg	18,0 %
Kiel	52,8 %
Lübeck	42,1 %
Schleswig-Holstein	35,5 %
Bundesgebiet	30,1 %

Noch deutlicher wird der Unterschied bei den Arbeitslosenzahlen. Ihr Verhältnis zu den Beschäftigtenzahlen betrug:

Arbeitsamtsbezirk	31.3.	31.3.	31.3.	30.9.
	1950	1955	1956	1956
	%	%	%	%
Flensburg-Stadt	33,1	17,4	14,5	9,2
Kiel	24,4	14,1	11,0	6,8
Lübeck	25,6	16,2	12,0	6,0
Schleswig-Holstein	28,2	15,8	12,5	5,5
Bundesgebiet	10,8	7,9	5,5	2,2

Die strukturelle Arbeitslosigkeit im Grenzraum Flensburg ist also immer noch sehr bedenklich, ebenso wie die hohe Zahl der Wohnungsuchenden, die bei gewissenhafter Schätzung noch immer mit etwa viertausend Parteien anzusetzen ist. Alle diese Zahlen aber weisen auf die grundlegende Tatsache hin, daß Größe und Wirtschaftskraft Flensburgs auch nach dem zweiten Weltkrieg in einem Mißverhältnis zueinander stehen. Hierin liegt die Sonderstellung der Stadt Flensburg: wie keine andere Gemeinde des schleswigschen Landes leidet sie unter der Grenzlage, aus der sich wegen der vielseitigen Wechselwirkungen die besonderen Erschwernisse finanzieller, kultureller und sozialer Art ergeben.

Der Flensburger Kommunalpolitiker hat es deshalb nicht leicht, und seine Aufgabe wird ihm noch dadurch erschwert, daß er keine ausreichenden Funktionen und finanziellen Möglichkeiten hat, um mit der gewünschten Wirkung tätig zu werden. Wohl ist Wirtschaftsförderung eine wichtige Aufgabe jeder Stadt. Hier aber handelt es sich um viel mehr, nämlich darum, die gesamte Wirtschaftskraft einer Stadt so nachhaltig zu steigern, daß wieder eine Harmonie zwischen Bevölkerungszahl und Steuerkraft erreicht wird. Ein solches gesundes wirtschaftliches Fundament kann jedoch ohne entsprechenden Einsatz der Wirtschaft selbst und ohne ausreichende Förderung der natürlichen Wirtschaftskräfte durch Land und Bund nicht erreicht werden. Stadtverwaltung und -vertretung können weder Arbeitsplätze schaffen noch den Kapitalbedarf der Wirtschaft befriedigen. Grenzgebiete sind ihrer Natur nach vom wirtschaftlichen Leben nicht so durchpulst wie die großen Zentren unserer Volkswirtschaft. Wir dürfen also keine Wunderdinge erwarten und meinen, daß nur eine wirtschaftlich sinnvolle Hilfe zu rechtfertigen ist. Subventionen allein sind aber auch nicht geeignet, die in der Wirtschaft schlummernden Kräfte zu erwecken. So gesehen, werden zwei Forderungen gestellt:

- erstens: günstige Frachtsätze,
- zweitens: billige Kredite.

Gelingt es nämlich, durch diese beiden Maßnahmen Flensburg näher an unsere

Wirtschaftszentren heranzubringen, dann ist der Nachteil der Verkehrsferne überwunden, Flensburg wird für die Ansetzung neuer Betriebe wieder interessant und die Gefahr gebannt, daß hiesige Betriebe in lockende Oasen abwandern.

Ergebnisse nach 1945

Wenn wir nun von den wirtschaftlichen Gegebenheiten unserer Stadt ausgehen und die Frage stellen, wie der Flensburger Kommunalpolitiker mit ihnen fertig geworden ist, dann wird ein Hinweis auf die Erfolgsbilanz der letzten Jahre unerlässlich sein, sind doch Zahlen unverdächtige Zeugen. Dabei ist ein vollständiger Rechenschaftsbericht im Rahmen dieser kurzen Abhandlung gar nicht möglich. Ich muß mich hier schon mit Stichworten auf das Wichtigste beschränken:

WOHNUNGSBAU

Die städtische Wohnungsbau G.m.b.H. hat seit der Währungsreform 1057 Wohnungen fertiggestellt, 18 befinden sich z. Z. im Bau. Sie wurden bezogen von 605 Heimatvertriebenen und 452 Einheimischen. Der Mietpreis für den qm liegt zwischen 0,95 und 1,16 DM. Alles in allem: eine soziale Tat ersten Ranges. Weiter hat die Stadt durch Gewährung einer Zinsüberbrückung von jährlich 62 500 DM für einen Zeitraum von drei Jahrzehnten das Bauvorhaben der „Neuen Heimat“ auf der Rude erst ermöglicht und damit 268 Wohnungen *zusätzlich* (also nicht zu Lasten des allgemeinen Wohnungsbauprogramms) nach Flensburg gebracht.

SCHULBAUTEN

Auch hier ist, obgleich keine Ausfälle durch Kriegseinwirkung zu verzeichnen sind, Beachtliches geleistet worden. Mit dem Ergänzungsbau Waldschule und dem Neubau der Löhmannschule am Sandberg fing es an. Dann folgten: Mädchenberufsschule und Schülerinnenwohnheim, Volksschule Fruerlund, Turnhalle Osbekschule, Ausbau der Pestalozzischule, Dachgeschoß der Goetheschule, Volksschule Weiche, Gewerbliche Berufsschule für Jungen und größere bauliche Arbeiten an den Ramsharder Schulen sowie die Schaffung von zwei neuen Klassen an unserer Handelslehranstalt.

ANDERE MASSNAHMEN

Vor uns lag und liegt noch ein großer Nachholbedarf im Straßenbau. Was hier geschaffen wurde, war nur der notwendigste Anfang: Ausbau der Husumer Straße und der Schleswiger Straße, der B 199 (z. Z. noch im Bau) und zahlreicher Siedlungsstraßen. Im übrigen sind zu nennen: Trennkanalisation, Kaimauer, Grenzschlachthof, ZOB, Kanalisation Weiche, Kindergärten und Zweigstellen der Stadtbücherei in Mürwik, Fruerlund und Weiche.

Was gebaut wurde, werden die Bürger unserer Stadt über Generationen hinaus vor Augen haben. Für anderes wurden ebenfalls Millionen ausgegeben, ohne daß man das Ergebnis so überzeugend vorführen kann wie Bauwerke. Das sind die Dinge, die dem Tage dienen und ohne die ein Gemeinwesen nicht bestehen kann. Man kann sie unter die Kennworte Ordnung, Sicherheit, Recht, Sozialhilfe und Kulturpflege zusammenfassen. Hier werden Gelder investiert, die zunächst keine sichtbaren Zinsen bringen, aber bleibende ideelle Werte schaffen, ohne die das Leben des Einzelnen wie das der Gesellschaft unfruchtbar bliebe.

Deshalb darf die Stadt Flensburg stolz darauf sein, daß sie auf diesem Gebiet Überdurchschnittliches geleistet hat. Allein für freiwillige kulturelle Maßnahmen (Museum, Heimatmuseum, Stadtbücherei, Stadtarchiv, Theater und Orchester) werden jährlich etwa eine Million DM ausgegeben. Das sind bei einem veranschlagten Gewerbesteuersoll von reichlich fünf Millionen beinahe zwanzig Prozent dieser wichtigsten Gemeindesteuer. Wir liegen damit erheblich über dem Bundesdurchschnitt.

Ausblick

Wenn also Stadtvertretung und -verwaltung wohl mit Befriedigung auf das Geleistete zurückblicken können, wenn wir auch ein gutes Stück weitergekommen sind, die Sorgen und Mühen sind nicht kleiner geworden. Das Erreichte war nur durch die Aufnahme von Schulden möglich, und diese belasten uns jetzt in immer stärkerem Maße. Nach dem Stande vom 15. August 1956 ergibt sich (nach dem Verwendungszweck aufgegliedert) die Verschuldung der Stadt einschließlich der Stadtwerke aus folgender Übersicht:

Verwaltungszweige	Restschuld DM	%
Allgemeine Verwaltung	8 000	0,06
Schulen	3 061 600	21,61
Kultur (Städt. Bühnen, Museum)	69 200	0,49
Fürsorge und Jugendhilfe	338 700	2,39
Gesundheits- und Jugendpflege	282 400	1,99
Straßenbau	2 652 300	18,72
öffentliche Einrichtungen (Stadtentwässerung, Müllabfuhr, Feuerwehr, Schlachthöfe, Friedhöfe, Bäder)	2 104 500	14,86
Deutsches Haus	51 600	0,36
Allgemeines Grundvermögen (davon ZOB rund 435 000 DM)	692 100	4,89
Zwischensumme (Kämmereizweige)	9 260 400	65,37

Stadtwerke	4 906 200	34,63
Zusammen	14 166 600	100,00

Durch inzwischen gefaßte Beschlüsse der Ratsversammlung werden neue Schulden hinzukommen. Während es möglich ist, den Bau der dritten Mittelschule aus inneren Darlehen zu finanzieren, werden für das Altersheim größere Darlehen beschafft werden müssen.

*

Wenn sich auch der Schuldendienst der Stadt im Augenblick noch in relativ erträglichen Grenzen hält, so wird die Zukunft doch ein ständiges Ringen mit neuen Schwierigkeiten bringen. Besonders fühlbar wird der Ausfall an Gewerbesteuer nach dem letzten Änderungsgesetz sein. Wir haben ihn auf 700 000 bis 800 000 DM geschätzt und wissen noch nicht, ob und wie weit das Land über den Finanzausgleich uns hilft. Die Personalkosten sind weiter ansteigend, die Fürsorgerichtsätze erhöht; die Betreuung der Alfu-Empfänger ist mit erheblichen finanziellen Lasten auf die Stadt übergegangen. Der Finanzplan der Stadt sieht für die vor uns liegenden Jahre Maßnahmen vor, die in die Millionen gehen. Wenn wir also noch einen großen Berg vor uns haben, so sollten wir uns durch pessimistische Gedanken nicht hemmen lassen, sondern versuchen, mit dem den Flensburgern eigenen Realismus schrittweise voranzukommen, das nächste Nötige zu tun.

Stadtplan — Straße — Wohnung

Anmerkungen zur städtebaulichen Entwicklung Flensburgs

Sollen diese Betrachtungen von Anbeginn vollständig sein, so müßten sie die geschichtlichen und vor allem auch die wirtschaftlichen Zusammenhänge zumindest in ihren charakteristischen Zügen umreißen. Ich bin aber in der glücklichen Lage, auf andere Beiträge in diesem Heft verweisen zu können und brauche diese nicht zu wiederholen. Nur soviel: Wir wissen, daß unsere Stadt eine Doppelgründung aus dem glorreichen zwölften Jahrhundert ist, das in unserem weiteren Lebensraum etwa dreitausend Städte gegründet hat. Wir wissen, daß diese Städte in bewußtem Abwenden vom Rechteckschema der klassischen Stadt alle eine innere Regelmäßigkeit zeigen, nämlich ganz klare Bereiche. Der Stätte der Bürger, dem Markte, war klar abgetrennt der kirchliche Bereich zugeordnet. So war es am Südermarkt, bis die Bebauung am „Kattsund“ fiel, und so ist es am Nordermarkt noch heute. Die landesherrliche Macht, der normalerweise ein dritter Bereich zufällt, fehlt in unserer Stadt ganz. Das feste Haus auf dem Schloßberg ist eine spätere Zutat, ebenso wie das Kloster. Durch eine Wegschleife ist die Stadt mit dem alten Handelsweg, der drei Kilometer westlich vorbeiführt, verbunden. Im Jahre 1345, als sie zwischen dem Kloster und der jetzigen Neuen Straße ihren Mauerring zieht, mögen etwa dreitausend Einwohner dagewesen sein. Bis 1800 — der Blütezeit unter Christian VII. — wächst diese Zahl langsam auf zehntausend, St. Johannis mitgezählt. Sehr früh schon war als „Neustadt“ die Norderstraße als neue Einheit angefügt worden. Dieses Wachstum drängte jedoch nicht nach außen. Die alten Gärten gaben Raum genug. Die Straßenräume der „alten“ Stadt sind nach „Fuß“ bemessen und die Plätze so, daß man sie mit wenigen Schritten überqueren kann.

Neue Maßstäbe

Der mittelalterliche Mensch hat nach anderen Maßstäben gebaut, als wir es müssen. Fast tausend Jahre lang ist die Vorstellung von einer Stadt ganz konkret gewesen. — Jetzt wird sie anders. Es ist nicht verwunderlich, daß wir erst jetzt zu neuen Maßstäben kommen und daß in der Zeit eines fast einhundert Jahre währenden Überganges, in der die „Technisierung“ den neuen Menschen formt, keine klaren Vorstellungen aufkommen konnten. Es mag auch das Versöhnliche an dem harten Schicksal der deutschen Städte sein, daß ihre brutale Zerstörung

mit einem solchen Umbruch zusammentrifft.

Daß wir in unserer am Rande der Entwicklung liegenden Stadt den Umbruch weniger spüren, ist auch einleuchtend. Die Symptome sind aber da, und es hat keinen Sinn, diese korrigieren zu wollen. Was geschehen muß, können wir an vielen Beispielen anderer Städte ablesen. Ob wir uns nach Norden oder nach Süden wenden — wir finden dasselbe. Im Norden brauchen wir nicht weiter zu gehen als nach Hadersleben. Deutlicher noch werden größere Beispiele: Aarhus, die lebhaft, schnell wachsende Stadt im Norden, und auch Odense, das uns ebenfalls längst überflügelt hat. Es ist in beiden Städten zu chirurgischen Eingriffen in den Stadtplan gekommen, die genauso weitgehend sind wie etwa in Kiel, wo man nicht erst abbrechen mußte, um korrigieren zu können.

Der Grundriß unserer alten Stadt ist geblieben. Mit ihren engen Straßen wandelt sie sich mehr und mehr zur Geschäftsstadt eines Stadtgebildes, das heute mehr als zehnmals soviel Menschen wie vor 150 Jahren beherbergt. Längst wollen diese Menschen dort nicht mehr wohnen, aber sie gehen täglich zu ihrer Arbeit dort ein und aus. Die Menschen sind anders geworden, — nicht nur in ihrer Mentalität oder in der Gliederung ihrer Gesellschaft, auch in ihrer biologischen Konstitution — und dies ist eine Tatsache, an der wir nicht vorübergehen können, wenn wir die Kräfte betrachten wollen, die uns zu einer radikalen Abkehr von tausendjährigen Vorstellungen zwingen! Zuerst sind wohl die Versicherungen darauf gestoßen, während die Statistik die Überalterung unseres Volkes vorwiegend auf den kriegsbedingten Ausfall einiger Jahrgänge zurückgeführt hat. Es ist aber bei allen Völkern unseres Kulturkreises so. Der römische Mensch der kaiserlichen Zeit erreichte im Durchschnitt ein Lebensalter von 25 Jahren. (Ein Cato mit 85 und ein Cicero mit 63 Jahren waren sagenhaft seltene Ausnahmen.) Im 9. bis 14. Jahrhundert stieg die mittlere Lebensdauer auf 31 Jahre und blieb so bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts. 1870 war sie *nur* 35 Jahre. Wir aber leben trotz Managerkrankheit 25 Jahre länger als unsere Großväter.

Diese sprunghafte Zunahme der Lebenserwartung ist ein in der Geschichte der Menschheit noch nie dagewesener Vorgang. Wir brauchen hier nicht die Ursachen zu untersuchen, die Tatsache genügt. Mit einer weit längeren Blütezeit des Lebens gesegnet, sind wir dazu auch noch in einem Ausmaß beweglich geworden, wie es vor hundert Jahren unvorstellbar war. — Und nutzen wir diese Möglichkeit nicht wahrscheinlich über Gebühr aus? Dazu verfügen wir über mehr Freizeit, die uns aber noch lange nicht ausreicht. Wir stellen darum außerdem noch Ansprüche an das Leben, die sich unsere Vorväter in ihren kühnsten Träumen nicht ausmalen konnten. Die Wohnung, die in der alten Stadt Arbeits- und allenfalls Schlafstätte zugleich war — genügt uns nicht. Die Straße gibt uns heute nicht im entferntesten den Raum, den unsere Beweglichkeit braucht. Was aber hatte die alte Stadt für Erholung und Freizeitnutzung schon an Möglichkeiten zu bieten als den

Wochenmarkt und zweimal im Jahr einen Jahrmarkt!

Sind dies nicht, vom Menschen her gesehen, die wahren Ursachen des Städteumbruchs, das heißt des zwangsläufigen Unterganges der „schönen alten“ Stadt? Für manchen Romantiker (und ich rechne mich dazu) geradezu schmerzlich! Aber wer von den Romantikern zieht es heute vor — täglich bei Kerzenlicht zu leben? Muten nicht allzu viele es nur anderen zu, in der schönen alten Stadt zu bleiben, während sie selbst hinausgezogen sind in die Landschaft — die damit auch verändert und eben Teil der neuen Stadtform — der Stadtlandschaft — wurde, von der wir heute sprechen wollen? Müssen wir nicht all unser Mühen darauf wenden, diese zu gestalten und diese in Formen zu bringen, wenn wir nicht eines Tages bekennen sollen, beides — die Stadt und die Landschaft — verloren zu haben?

Jahrhundertwende — Nachholbedarf — Landschaftliche Gegebenheiten und Bevölkerungszahl

Spekulative Unternehmerbauten werden in das Stadtfeld hinausgeschoben. — Massenquartiere, die genau so hoch sind wie die neuen Bauten an der Rude, nur daß sie weder für Licht, Luft und Sonne in den Wohnungen sorgen noch für die Einrichtungen, die das Wohnen bequem machen. —

Mit Millionen von Kubikmetern Erde werden die Binnengewässer zugeschüttet. Über die Hofenden wird eine Straße gelegt, die bald zur Magistrale des Verkehrs wird, der im Zug Holm — Norderstraße keinen Raum mehr findet. Gefängnis, Museum, Schulen und Kasernen werden als Burgen auf den Höhenrand gesetzt — Ausdruck des geradezu manischen Fortschrittsglaubens unserer Väter, die, berauscht von den technischen Möglichkeiten, ihren Wohlstand, ihre Macht, ihr Können dokumentieren wollen — und dies auch unbekümmert und ohne Rücksicht auf die Funktion dieser Bauten tun.

Wir verkennen nicht die Leistungen dieser Zeit, die die großen Wirtschaftsbetriebe unserer Stadt auf die Beine stellte. — Auch den Freihafen z. B. dürfen wir nicht als Fehlplanung abtun. Er ist eine Vorleistung für die Sanierung unserer Stadt, für die wir dankbar sein können. Die Grundlagen zur technischen Versorgung und Entsorgung unserer Stadt werden in dieser Zwischenzeit geschaffen. Wenn wir heute Schwierigkeiten damit haben, daß diese Anlagen unzureichend sind, so kann man Kritik berechtigterweise nur an denen üben, die sie nicht rechtzeitig vervollständigten. Ich müßte auch hier andere wiederholen, wenn ich auf die drei großen Zäsuren unserer wirtschaftlichen Entwicklung eingehen sollte, die die politischen Ereignisse mit sich brachten. — 1866 — 1920 — 1945. Auch sie begründen selbstredend den Nachholbedarf. Wir können ihn ebensogut Sanierungsbedarf nennen. Es sind die Millionen DM, die aufgewendet werden müssen, um unsre Abwässer so reinigen zu können, daß unliebsame Folgen auch

wirklich vermieden werden. Es sind weiter die Millionen, die wir brauchen, um unser Straßennetz instandzusetzen und so zu erweitern, daß wir neue Wohnungen bauen können. Es sind die tausend menschenunwürdigen Wohnungen, die wir nicht schließen können, da uns trotz der fünftausend seit 1948 neu gebauten immer noch etwa ebensoviele fehlen, und es sind die dreieinhalbhundert Personen, für deren Unterkommen — verschuldet oder unverschuldet — die Polizei sorgen muß.

Zwei Dinge sind es außerdem noch, die als Überkommenes die weitere bauliche Entwicklung der Stadt stark bestimmen: die Topographie der Landschaft und die alte Siedlungsstruktur in den Erweiterungsgebieten. Schon unsere Förde ist sicher ein nirgendwo wiederkehrendes oder zu wiederholendes Charakteristikum. Noch mehr aber sind es die Höhenränder, die sie an beiden Ufern begleiten.

Innerhalb der Grenzen des heutigen Stadtgebietes treten die Höhen von Osten und Westen an die Ufer heran und lassen nach steilem Abfall von fünfzig Metern einen schmalen Streifen, der keine hundert Meter breit ist. Nach Süden hin setzt sich die Förde in das weite Tal des Mühlenstroms und der Marienau fort. Nur kleine Gewässer münden in die Förde. Die Stadtgrenze bildet fast gleichzeitig die Wasserscheide. Die Flensau, deren Quellen am westlichen Ende der Hochstraße liegen, umfließt den Friesischen Berg (die höchste Erhebung mit fünfundsechzig Metern ist am Wasserturm) und mündet in die Marienau. Schon von Handewitt gehen die Wasser zur Westsee. Der Höhenrand ist an sechs Stellen stark eingekerbt. Am Ostseebad kommt der Lachsbach in die Förde. Unter der Harrisleer Straße führt der Schwarzenthalbach die Wasser von Harrislee ein. Der Mühlenstrom färbt mit dem Kaolin der Feldmühle die Innenförde oft bis zur Werft. Im Zuge der Angelburger Straße mag früher an Stelle des heutigen Vorfluters ein Bachlauf in das längst zugefüllte Südende der Förde eingemündet sein. Von Osten kommt das markante Tal des Lauptrupsbaches herein und in Mürwik südlich der Klinik Ost die Osbek. Die drei Bachläufe auf der Westseite begrenzen etwa die alten Stadtfelder — die Ramsharde liegt nördlich des Schwarzentalbaches, das Marienfeld und das Nikolaifeld sind etwa durch den Mühlenstrom vom St.-Johannis-Feld getrennt. Ganz im Gegensatz zur Ostseite, wo Hofgruppen und Dörfer zahlreich noch heute zu erkennen sind, waren die alten Stadtfelder bis zur Jahrhundertwende frei von jeder Ansiedlung. Danach haben sich die neueren Wohnbauten auf die Plateaus hinausgeschoben — recht dem Zufall und spekulativen Absichten folgend. Sofern man in dieser Zeit überhaupt Vorstellungen von einer Stadterweiterung hatte, so die, das gesamte Stadtbild lückenlos zu bebauen. — Sah man doch auch dem „Fortschritt“ keine Grenzen gesetzt. Die historischen Ausfallstraßen erklimmen den Höhenrand aus diesen Tälern heraus. Einigen ist die Bebauung gefolgt, andere sind ihrer steilen Hänge wegen freigeblieben.

Eines müssen wir noch festhalten, daß nämlich die Eigenart des geologischen Wachstums dieser Landschaft an vielen unerwarteten Stellen uns mit einem schlechten Baugrund gesegnet hat, den wir wohl oder über in Kauf nehmen müssen. So finden wir nach dem letzten Kriege als Erbe im ganzen ein Baugebilde vor, das aus vielen, meist nur teilweise angebauten Straßen besteht, die sich in das Außengebiet hinausgeschoben haben, dorthin, wo das Bauen aus irgendeinem Grunde günstig gewesen ist. Denken Sie auch an die zahlreichen Läger, die irgendwo in diese Landschaft hineingestreut lagen, ohne daß sie ausreichend versorgt waren oder werden konnten. Dank eines großzügigen Räumprogramms der Bundes- und Landesregierung konnten die schlechtesten geräumt werden und weitere folgen. Allenfalls sind in dieser heterogenen baulichen Ausweitung zwei Ansätze zu neuen Kernen zu erkennen, die sich weit draußen entwickelt haben: Mürwik und Weiche.

Die dicht vor den Grenzen der Stadt liegenden und nach städtischer Art bebauten Siedlungskomplexe Harrisleefeld und Adelbylund lassen wir in unserer Betrachtung außenvor.

Wir sind nun damit auf der Sehne eines weiten Bogens gegangen, der uns ermöglicht, die Zwangsläufigkeiten unseres künftigen Weges anders zu sehen als etwa solche Betrachter, die uns heute mit Vorwürfen überschütten und anprangern wollen, daß wir ohne Verantwortung handelten, wenn wir gegen bisherige Begriffe bauten!

*

In den ersten Jahren nach dem Krieg sind seitens des Landesplanungsamtes sorgfältige Untersuchungen angestellt worden, die eine Prognose auf die künftige Bevölkerungsverteilung im Lande sein sollten. Sie sagten für Flensburg eine Bevölkerungsziffer von 92 000 für 1960 voraus. Dazu kommen im engeren Wirtschaftsraum Harrislee, Adelbylund und Wedingfeld. Zu Beginn des Krieges 70 000, waren 1945 über 106 000 Menschen in Flensburg zusammengedrängt — heute sind es nur noch knapp 94 000. Seit 1948 sind im Stadtgebiet fast fünftausend Wohnungen entstanden, das bebaute Gebiet ist fast ein Viertel größer geworden. Ein eigenartiges Geschick wird so offenbar: die wachsende Stadt mit sinkender Bevölkerungszahl.

Die Planziffer ist naturgemäß auch zum politischen Gespräch geworden. Die frommen Wünsche, daß Flensburg auf seine alte Bevölkerungszahl zurückgehen möge, sind aber doch wohl zu einseitig zweckbestimmt, als daß wir sie ernsthaft in Rechnung stellen müssen. Sicher ist es gerade in unserer heutigen Situation, die gewiß wenig Raum für Hoffnungen läßt, schwer zu sagen, welchen Weg wir gehen werden — auch sicher, daß es nicht der günstige sein wird, den unsere Schwesterstädte im Norden gegangen sind. Sie sind in einem Maße rasch gewachsen, wie wir es nicht hoffen können.

Die Erklärung für das bauliche Ausweiten bei unserer Abnahme ist nur in einer Lockerung der Belegungsdichte zu suchen, der jedoch auch eine natürliche Grenze gesetzt ist. Wir haben sie zur Zeit noch nicht erreicht. So rechnen wir nur für wenige Ortsteile mit einer zahlenmäßigen Zunahme der Einwohnerzahl (Rude, Fruerlund, Weiche). Den Verlust, wenn es ein solcher ist, nehmen die alten Stadtteile auf sich. Unsere Innenstadt teilt das Schicksal jeder Innenstadt — sie verliert ihre Wohnbevölkerung. Handel und Gewerbe beanspruchen mehr und mehr Raum in ihr. In dieser schrittweisen Entwicklung können wir einen glücklichen Sanierungsprozeß erblicken, den wir in jeder Weise fördern sollten.

Das künftige Gesicht Flensburgs

Glücklicherweise sind nun aber auch die Gegebenheiten unserer Landschaft so stark, daß sie mit einigen Korrekturen ganz natürlich zu einem gegliederten Stadtbild führen, das als Planungsprinzip durchaus den Anforderungen einer modernen Stadt entspricht und das Einheiten anstrebt, die in sich geschlossen, übersehbar und auch mit allen für eine Siedlungsgemeinschaft erforderlichem Beiwerk ausgestattet sind. Die Engländer haben aus dem Gartenstadtgedanken heraus in ihren neuen Städten zuerst das Prinzip der „Nachbarschaften“ entwickelt und auch konsequent durchgeführt. Als natürliches Maß für die Größe einer solchen eignet sich vor allem die Schule, die gleichzeitig Kulturzentrum und Zentrum des lokalen Geisteslebens wie auch der Körpererziehung sein kann. Weiterführende Schulen sollten mehrere solcher Einheiten zusammenfassen. Kommunalvereine, die sich zu Vertretern lokaler Belange und Interessen machen, sollten sich diesem Prinzip anpassen. Sie können die Keimzellen kommunalen Gemeinschaftslebens sein.

So bildet der Schwarzenalbach in etwa die natürliche Grenze eines Ortsteils der Nordstadt. Neustadt und Duburg, zwischen Burgfried, Stadtpark und Eckenerstraße, können wir als zweiten zusammenfassen. Das ausgedehnte Wohngebiet zwischen der Holzung und dem Mühlenfriedhof zeigt als „westliche Höhe“ oder „Weststadt“ ziemlich einheitliche Struktur. Zwischen Lutherpark und Marienallee — vorerst unvollständig: Friesischer Berg. In den letzten drei Jahren ist zwischen Husumer Straße und Schleswiger Straße soviel gebaut worden, daß auch hier ein Stadtgebilde entsteht, auf das wir den alten Flurnamen Rude übertragen haben. Auch dieser Stadtteil ist so groß, daß er bald seine eigene Schule haben muß. Der Sandberg mit seiner Löhmannschule (1952) ist die nächste Einheit, auch hier bestehen Erweiterungsmöglichkeiten, die noch nicht erschlossen sind. Seine Grenze wird dieser Ortsteil an der Mühle haben und der darauffolgenden Kleingartenzone. Mit St. Jürgen (gel. auch Jürgensby) bezeichnen wir einen ziemlich festumrissenen Stadtteil zwischen Stadtgrenze und Lautrupsbach. Fruerlund, nördlich des Lautrupsbaches, ist in den letzten fünf

Jahren als Einheit entstanden und hat seine Schule erhalten. Um den alten Ortskern Mürwik mit seinem Kaufzentrum und der Osbekschule entsteht ein in sich geschlossener Ortsteil, der nach Friedheim hin durch das Osbektal, das seiner Gestaltung harrt, begrenzt ist. Twedterholz und Engelsby warten auf spätere Entwicklung. Als Trabant hat Weiche im letzten Jahr einen unerwarteten Aufschwung erfahren. Aller Skepsis zum Trotz entsteht dort eine Gartenstadt, der auch mit dem Neubau eines eigenen Kanalsystems die Grundlage zu gesunder Weiterentwicklung gegeben ist. Der Bau einer großen Kasernenanlage in Anlehnung an den Ortsteil mag weitere Impulse bringen. Neben den alten drei Einheiten der Kernstadt (St. Marien, St. Nikolai und St. Johannis) stehen also neun fertige Ortsteile. Wir sollten sehr darauf achten, daß die Grüengebiete, die sie heute trennen, erhalten bleiben. Sie gehören zu den wichtigsten Bestandteilen einer gesunden Stadt. Auch hier ein Gegensatz zur alten Stadt. Sie war durch ihre Bauwerke schön und groß. Die Schönheit eines neuen Hamburg, Hannover und Kiel aber liegt in den großzügigen Grünflächen begründet! Innerhalb unseres Grünsystems sind zwölf Gebiete ausgewiesen, die dauernd als Kleingartengebiet bestehenbleiben sollen. Sie sind und werden durch besondere Verträge geschützt. Allzuoft haben die Kleingärten, die sich auf vorerst unbebauten Teilen des Baulandes wertvolle Anlagen geschaffen hatten, dem Druck weichen müssen. Wenn man früher in jedem Land Bauland gesehen hat, so tun wir es heute nur dort, wo Erschließungs- und Versorgungsmöglichkeiten gegeben sind. Damit soll nicht gesagt sein, daß alle noch vorhandenen Kleingärten erhalten werden können. Besonders auf gutem Baugrund und dort, wo sie begonnene Straßen abriegeln oder wo seit langem solche ausgelegt sind, wird das manchmal nicht möglich sein. Baulücken schließen und Brandgiebel verbauen gehört auch zum Abrunden des Bildes. Es sind uns enge wirtschaftliche und natürliche Grenzen gesetzt, bis zu denen wir Teile unseres Stadtgebiets entwässern können.

So wird auch von unten her — vom Siel — der Plan bestimmt. Wir wissen heute aber allzu gut, daß weder der Ingenieur noch der Architekt allein den neuen Plan konzipieren kann, sondern daß dabei gewichtige Worte der Arzt, der Erzieher und der Verkehringenieur mitzusprechen haben, ebenso wie der Wirtschaftler und der Politiker. Nur in der Koordination kann Gesundes entstehen, und niemand sollte für sich in Anspruch nehmen, allein Schöpfer zu sein.

Demselben Drang nach Aussonderung, an den wir uns im Wohnungsbau gewohnt haben — wir wollen ungestörte Wohngebiete —, folgt das Gewerbe. Betriebe ziehen aus der Enge der alten Stadt hinaus. Unser Plan muß also weite Flächen für Gewerbe ausweisen, die günstig liegen. Sie sind meist nicht länger an Bahn oder nahe Versorgungseinrichtungen gebunden. Früher ist die Industrie in der Wahl ihrer Standorte allzuoft nur den augenblicklich günstig scheinenden Möglichkeiten gefolgt. Eindeutig bleiben die Hafenanlagen dafür bestimmt. Das

Gebiet um den Freihafen nimmt mehr und mehr Betriebe auf. Im Süden der Stadt, zu beiden Seiten der Schleswiger Straße, entsteht ein ausgedehntes Gewerbegebiet. Ein Gebiet in Weiche ist das letzte offene, das Bahnanschluß erhalten kann. Auch im Osten der Stadt sollte man begonnene Gewerbebetriebe trotz Grenzen sich ausweiten lassen. Nachdem die Industrie selbst dafür sorgt, daß sie nicht durch Ruß und Lärm weite Umkreise stört, ist ihre siedlungsmäßig günstige Lage nicht mehr allein eine Frage der vorherrschenden Winde. Ein Großbetrieb wie der im Norden erwartete wird sich dem Stadtbild ohne weiteres einfügen.

Nachdem unsere Stadt also weit geworden ist und nachdem ihre Menschen beweglich werden, wird die Frage der richtigen Lagerung eine der Zugangsmöglichkeiten. Wir dürfen andererseits nicht verkennen, daß mit einer allzu weiträumigen Verteilung der Arbeitsflächen – ebenso wie durch eine übermäßige Konzentrierung – zusätzlicher Verkehr künstlich geschaffen wird, und den sollen wir vermeiden. Mit der Entwicklung zum Einzelfahrzeug hin und einer Abkehr vom Massenverkehrsmittel treten ohnehin Probleme an uns heran, die recht kostspielige Lösungen verlangen.

Ehe wir von unseren Straßen sprechen, müssen wir uns über ihre Funktionen klarwerden, ebenso wie über die Eigenarten des Verkehrs, dem sie dienen sollen. Die aufgegliederte Stadt bringt drei Arten von Verkehr. Für unsere Zwecke generalisiert, tritt neben die tägliche „Ebbe und Flut“ zwischen Wohnplatz und Arbeitsplatz der Verkehr der einzelnen Produktionsstätten untereinander oder zum Konsumenten, der bei uns als Grenzstadt nicht unerhebliche Durchgangsverkehr durch das Stadtgebiet. Ihm rechnen wir hier den „Quellverkehr“ nach außerhalb und den „Zielverkehr“ von außerhalb zu. Der erste benutzt alle zur Verfügung stehenden Mittel – vom Fahrrad zum Moped, Auto, Bus und Straßenbahn, soweit er nicht überhaupt zu Fuß vor sich geht. Wir meinen allerdings, daß dem schienengebundenen Straßenfahrzeug auch in Flensburg nur noch geringe Lebenserwartungen zustehen.

Die Hauptträger dieser verschiedenen Verkehrsarten sind oft genug recht feindliche Brüder. Man muß sie also nach Möglichkeit trennen. Das Auto ist dabei sehr anspruchsvoll. Ein Mann im Wagen braucht etwa hundertmal soviel Platz für seine Bewegung wie ein Fußgänger. Außerdem beansprucht er noch Platz, um seinen Wagen abzustellen. Natur und Technik haben uns nun deutlich genug vorgemacht, wie solch ein tägliches Zusammenströmen und Wiederverteilen zu bewältigen ist. Nach außen hin durch eine „Verästelung“, nach innen durch Sammeln auf einer Verteilerschiene oder Magistralen. Ersteres sichert, daß jeder unnötige Verkehr durch Wohngebiete hindurch vermieden wird. Die Straße mit dem Kehrplatz ist die ruhigste Wohnstraße (Marienhof). Verteiler in unserem Straßensystem ist schon heute eindeutig der Straßenzug Friedrich-Ebert-Straße,

Hofenden und Schiffbrücke. Er schmiegt sich der Innenstadt an. Um ihn voll ausnutzen zu können, sollten wir ihn vom Durchgangsverkehr, den er heute tragen muß, befreien. Wir sollten aber auch dafür sorgen, daß der Straßenzug nicht unnötig gekreuzt wird, weder vom Fußgänger noch von Fahrzeugen. Alles, was von hier zur Innenstadt will, sollte nur abzweigen brauchen. Parkplätze und Omnibushalteplätze sollten auf der der Innenstadt zugewendeten Seite liegen. Allzu häufig sperren parkende und haltende Fahrzeuge vor den Grundstücken der Anlieger den freien Verkehrsdurchgang. Ihnen sollten wir besondere Fahrbahnen zuweisen.

In unserer Innenstadt selbst aber sind die Entfernungen trotz ihrer linearen Ausdehnung so kurz, daß sie weit unter den normalen Gehentfernungen einer Großstadt liegen. Auch wir sollten unsere Hauptgeschäftsstraße wenigstens in den Hauptzeiten dem Fußgänger vorbehalten, so wie es vor Zeiten schon Köln mit seiner Hochstraße und jetzt Kiel mit der Holstenstraße, Kassel mit der Treppenstraße oder Essen mit der Kettwiger Straße getan haben. Solange wir die Straßenbahn haben, läßt sich ein solches Reservat für den Fußgänger freilich nicht konsequent durchführen. Es ist aber nicht zu verstehen, weshalb z. B. an den Verkaufssonntagen Fahrzeuge oder gar Motorradfahrer durch die dichten Reihen der Schau- und Kaufstigen preschen müssen — da wir gerade an diesen Tagen viele Gäste aus dem Norden haben, die sich freier auf den Straßen bewegen, als wir es gewohnt sind, da sie auch mit größerer Rücksichtnahme ihrer Autofahrer rechnen können.

Daneben haben die genannten Städte beim Wiederaufbau ihrer Geschäftsgebiete in großzügigster Weise Raum schaffen können, ein Vielfaches dessen, was früher unbebaute Fläche dort war. Im Sommer und Herbst 1954 durchgeführte Zählungen haben uns ein ziemlich genaues Bild über den Durchgangsverkehr gegeben: An acht Durchgangsstellen wurden in vierundzwanzig Stunden rund 12 500 Fahrzeuge gezählt. Dabei wurden in Wassersleben 17 Prozent dieser Fahrzeuge registriert, am Zählpunkt Schleswiger Straße—Stadtgrenze 31 Prozent und Friesische Straße—Bahn 13 Prozent, um die Hauptstellen zu nennen. Durch die Stadt ohne Aufenthalt hindurchgefahren sind 76 Prozent der 17 Prozent, 70 Prozent der 31 Prozent und 65 Prozent der 13 Prozent. Von Wassersleben zur Schleswiger Straße fuhren aber 80 Prozent der 17 Prozent, also nur 4 hielten sich in der Stadt auf. Von der Schleswiger Straße nach Wassersleben fuhren 43 Prozent der 31 Prozent und die Friesische Straße hinaus 23 Prozent der 31 Prozent. Dies deutet auf einen überraschend starken Eckverkehr von Süden nach Westen hin und umgekehrt. Seit diese Zahlen bekanntgeworden sind, haben manche Gegner des Gedankens einer Umgehungsstraße geschwiegen.

Wie aber soll sie verlaufen. Abzweigend von der Schleswiger Straße, soll sie zunächst eine Verbindung zur Husumer Straße bringen — und hier muß erwähnt

werden, daß alle Schwierigkeiten am Neumarkt sofort beseitigt sind, wenn wir die Husumer Straße künftig als Haupteinfahrt zur Stadt benutzen. Die Verbindung muß also zügig sein. Als nächste muß die Umgehungsstraße die Friesische Straße anbinden — schon um den „Eckverkehr“ aus dem Neumarkt herauszunehmen. Der nächste Anbindungspunkt aber sollte erst die Harrisleer Straße sein. Verbindungen zur Innenstadt über die Westerallee und den Marienhölungsweg zu suchen, scheint nicht richtig. Wir würden damit nur Wohngebiete mit durchgehendem schwerem Verkehr belasten, auch ist der weitere Verlauf der Straßen zu ungünstig. Wie aber die Straße zwischen den beiden Verbindungspunkten zum Stadtnetz verläuft, dafür gibt es mehrere Möglichkeiten, nur eine scheidet aus, das ist die westlich um die Hölzung herum, das führt zu einem Anschluß in Pattburg und nicht nach Krusau. Sie ostwärts von der Hölzung zu führen, heißt die Hölzung von der Stadt abschneiden, sie hindurchführen würde sicher dort den Frieden stören. Aber tut das die Randstraße nicht in gleichem Maße, und gibt es bei einer vernünftigen Führung im Einschnitt nicht durch die Hölzung bessere und leichtere Möglichkeiten, die Straße zu überqueren? Sicher wird darüber noch manches zu sagen sein. Vergessen wir auch nicht, daß die Gaststätte seit Jahr und Tag geschlossen ist und wahrscheinlich auch bleibt, solange die Stadt nicht einem Pächter erhebliche Zuschüsse zahlt! Könnte sie nicht als Halteplatz für Autofahrer wiedergewinnen, was ihr Spaziergänger nicht mehr zutragen? — Wir dürfen nicht erwarten, daß mit der Herausnahme des Durchgangsverkehrs unsere innerstädtischen Verkehrsprobleme gelöst sind. Auf den Süderhofenden nimmt heute dieser Durchgangsverkehr nur etwa 20 Prozent für sich in Anspruch — und wir haben jährlich über fünfhundert Neuzulassungen! Straßen, die vorwiegend Wohnstraßen sind, bedürfen der Entlastung. Für die Friesische Straße ist sie fast fertig. Die Harrisleer Straße sollte eine ähnliche erhalten. Die Bismarck- und die Mürwiker Straße werden bedeutend ruhiger sein, wenn die Straße Harnis—Kielseng und die Ziegeleistraße entsprechend ausgebaut werden. Eine östliche Verbindung von der Schleswiger Straße zur Osterallee und zur Fördestraße wird eines Tages nötig sein, wenn etwa Mürwik und Meierwik unter Umgehung der Stadt versorgt werden müssen.

Wollten wir diesen Rahmen noch weiter spannen, so blieben neben diesen großen Aufgaben noch eine ganze Reihe von Einzelobjekten zu besprechen. Es kann aber auch hier nur an die Stelle des Heftes verwiesen werden, wo sie ihrer finanziellen Auswirkungen wegen genannt worden sind.

Mir kam es auch mehr darauf an, das künftige Gesicht der Stadt in seinen großen Zügen auszurunden. Wir können in Flensburg keine weitgehenden strukturellen Änderungen erwarten, sondern müssen versuchen, das an seine richtige Stelle zu leiten, was neu entsteht. In unserer Innenstadt aber müssen wir aufräumen. Was

an Schönerm geblieben ist, sollten wir, auch um teuren Preis, erhalten. Vor allem sollten wir Freiflächen — auch solche, die es eben erst geworden sind — nur mit großer Zurückhaltung bebauen. Allzu viele unserer Grünflächen werden wir dem Verkehr überlassen müssen. Ich kann zum Schluß den geneigten Leser daher nur bitten, diesen Überlegungen mit Geduld und Bedacht nachzugehen. Auch er wird sein Votum bei den künftigen notwendigen Entscheidungen in irgendeiner Weise geben müssen. Wenn aber seine individuellen Bauwünsche sich in diesen lockeren, lebensvollen Plan, der einem organischen Wachsen den rechten Boden schaffen will, nicht einfügen lassen, wolle auch er sich vor Augen führen, daß es gerade uns und unserer Zeit gegeben ist, das Bild der neuen Stadt zu gestalten. Wir müssen heute manches entscheiden, was eine Generation nach uns nicht mehr kann, weil wir dann die Möglichkeiten verbaut haben. So sehr z. B. eine Entscheidung über die künftige Bebauung an den Süderhofenden drängt, wir sollten bedenken, daß auch sie eine einmalige ist, die das Gesicht unserer Stadt in weite Zukunft hinein bestimmt.

Spaziergang auf den „Hofenden“ 1820 — heute Europastraße 3

*Wohl schön sind die Hofenden,
Ein Kleinod nah' der Stadt,
Gefeiert von dem Fremden,
Der unsre Flur betrat.
Das Spiel der blauen Welle,
Der schönen Gärten Flor,
Das Lispeln sanfter Quelle
Ergötzet Aug und Ohr.*

*Am milden Abend waltet
Sichs lustig hier entlang,
Wenn vollends wiederhallet
Der Flöt' und Hörner Klang.
Da kannst du auch recht schauen,
Was Flensburg Schönes hat
An Mädchen und an Frauen; —
Viel Schönes hat die Stadt.*

FLENSBURG

*Und wie ihr Haupt, die hochragende Burg, auf erhobenem Berge
Weithin sichtbar ist —, auf sonniger Höhe gelegen,
So liegt unten im Tal, dem quellenreichen, verborgen,
Lang sich erstreckend in schimmerndem Lauf, die Stadt mit rötlichen Dächern.*

Zacharias van Wieding 1592

Von der kulturellen Kraft einer Grenzstadt

1711: Der Magistrat verwies auf den Jahrmarkt

Wenn der Magistrat der Stadt Flensburg im Jahre 1711 einem Buchhändler keine Konzession mit der Begründung gab, daß die Leute die nötige Literatur auf den Jahrmärkten kaufen könnten, dann zeigt sich der Wandel der Auffassung bis zur Gegenwart besonders deutlich darin, daß heute die Städte und so auch Flensburg den Buchhandel nicht nur begrüßen, sondern auch nicht selten den Druck von Büchern fördern. Dahinter steht ein modernes Kulturbewußtsein, von dem in diesem Falle sowohl die Autoren wie die Mittler, wie auch die Leser durchdrungen sind. Von diesem allgemeinen Kulturbewußtsein soll hier die Rede sein, wenn wir den Versuch unternehmen, es in seiner lokalen Prägung deutlich zu machen.

Vom Bleibenden

Das kulturelle Leben einer Gemeinschaft besteht in einem glücklichen Zusammenspiel der *schöpferischen Kräfte* des Geistes und der Kunst mit den *vermittelnden Kräften* und den *aufnehmenden Menschen*. Die Werke der bildenden Kunst, der Poesie und der Musik, nicht nur des deutschen Volkes, sondern aller Kulturvölker, sind der mit immer neuen Mitteln unternommene Versuch des Menschen, ein Sinnbild des Lebens zu schaffen, eines Lebens, in dem die Dissonanzen überwunden sind, in dem sich hinter den realen Vorgängen das Sinnbildliche des Geschehens offenbart und durch die einmalige Schönheit der Form geadelt wird. Caroline Schlegel schrieb im Jahre 1801 an Wilhelm August Schlegel: „Oh, mein Freund, wiederhole es Dir unaufhörlich, wie kurz das Leben ist, und daß nichts so wahrhaft existiert, als ein Kunstwerk. Kritik geht unter, leibliche Geschlechter verlöschen, Systeme wechseln, aber wenn die Welt einmal aufbrennt wie ein Papierschnitzel, so werden die Kunstwerke die letzten lebendigen Funken seyn, die in das Haus Gottes gehn — dann erst kommt Finsternis“, und wir geben ihr mehr denn je recht, nachdem wir, wie nie zuvor ein Geschlecht, Zeugen wurden der zerstörenden Gewalt. Wie nie zuvor aber auch erschien uns die Kunst als eine der Offenbarungen Gottes, und solange dieser Quell fließt und solange wissenschaftliche Erkenntnisse dem Menschen die Meisterung des Lebens leichter und deutlicher machen, solange wird es Aufgabe der Mittler sein, eine möglichst große Zahl von Menschen dieser Gaben teilhaftig zu machen.

Von den Mittelern

Dieser Mittler nun gibt es im geschlossenen Leben einer Stadt mehrere, die merkantilen, nämlich die Verlage und Buchhandlungen, die Konzertagenturen und die Lichtspieltheater, deren Auftrag heute nicht erörtert werden soll, zum zweiten gibt es die aus der Gemeinschaft der Bürger hervorgegangenen Vereine, die, besonderen Interessen dienend, im Idealfall zusammen mit der Stadt als der Trägerin großer Kulturinstitute bedeutende Aufgaben zu erfüllen haben, und endlich die Kulturinstitute der Stadt und des Landes selbst.

Kulturelle Vereine

Es kann hier keine Geschichte der kulturellen Vereine Flensburgs geschrieben werden, so reizvoll auch das Thema, vom Grenzland her gesehen, wäre. Nur soviel: Es gab im 19. Jahrhundert gesellige Vereine, die durchaus kulturelle Ambitionen hatten und auch bedeutende Absichten verwirklichten (Gesangvereine, Bürgervereine). In ihnen wurde bereits der Charakter einer Grenzstadt als dem Schauplatz der Begegnung zweier Kulturen deutlich. Moderne kulturelle Vereinigungen mit besonderer kulturpädagogischer Absicht gibt es jedoch erst seit etwa 1900, so z. B. den Flensburger Bibliotheksverein (1904); auf dem wissenschaftlichen Sektor erschien bald nach dem ersten Weltkrieg die Ortsgruppe der Kieler Universitätsgesellschaft. Während die letztgenannte und die Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte (1928) der Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf allgemeinen und heimatkundlichen Gebieten dienen, bemühen sich der Kunstverein (1928) und der Verein der Musikfreunde (1950), jeder auf seinem Gebiet, um die Vertiefung künstlerischer Bildung, wobei dem Verein der Musikfreunde noch eine besondere Bedeutung für das Flensburger Philharmonische Orchester zukommt. Eine ähnliche, aber quantitativ weit größere Funktion übt die Volksbühne e. V. für die Städtischen Bühnen aus. Die größte kulturelle Vereinigung am Ort, die Deutsche Kulturgesellschaft (1949), vertritt ein vielseitiges allgemein kulturelles Programm. Ergänzt wird die Veranstaltungstätigkeit dieser Vereinigungen durch zwei Filmclubs, die Deutsch-Französische Gesellschaft und die Deutsch-Englische Gesellschaft, die alle nach dem Kriege gegründet wurden.

Neben diesen Vereinen und Gesellschaften nennen wir, mit vorwiegend volkstümlichen Programm, einen plattdeutschen Verein und mehrere Gesangvereine, ohne daß mit unserer Aufzählung Vollständigkeit erstrebt wurde. Auch die dänisch gesinnte Bevölkerung schuf sich kulturelle Vereine, die Träger eines spezifisch dänischen Kulturbewußtseins sind. Besonderer Mittelpunkt des dänischen Kulturkreises ist die Bibliothek Flensborghus.

Die Werke der Literatur, der Kunst, der Musik sind der Strom, der das Leben dieser

Vereine und ihre Veranstaltungen durchpulst. Hier will man einen Beitrag zur Gestaltung eines erlebten Lebens leisten. Hier müht man sich um Klarheit der Erkenntnis und um die glückliche und schöne Form. Mancher Vorstand wird natürlich auch sorgenvolle, ja deprimierende Überlegungen kennen und eingedenk des Goethewortes „Das Publikum will wie die Frauenzimmer behandelt sein: man soll ihnen durchaus nichts sagen, als was sie hören möchten“ schier verzweifelt haben. Hohe Planung und finanzielle Rentabilität sind nicht immer leicht auf den gleichen Nenner gebracht.

Städtische Kulturinstitute – und Bemerkungen zu ihren Etats

Neben den kulturellen Vereinen als einem Ausdruck bürgerlicher Initiative stehen, ebenfalls oft auf die Anregung der Bevölkerung selbst entstanden, seit 50 bis 60 Jahren moderne städtische Kulturinstitute. In Flensburg sind es in der Reihenfolge der Entstehung das Stadtarchiv, die städtischen Bühnen, diese beiden allerdings in ihrer Wurzel auf Tendenzen des 17. und 18. Jahrhunderts zurückreichend, die Stadtbücherei, das Museum, das Sinfonie-Orchester (seit 1950 nicht mehr allein von der Stadt getragen) und das Naturwissenschaftliche Heimatmuseum. Man kommt jedoch in einer Würdigung der Tätigkeit dieser Institute sehr bald auf eine andere Reihenfolge. Man stellt zweckmäßig das Theater und das Orchester als eine Einheit dar, während man dieser die zweite große Einheit: die Museen, das Archiv und die Stadtbücherei gegenüberstellt. Sowohl vom inneren Auftrag dieser Institute als auch vom Etat und der Wirkung her betrachtet, bietet sich eine solche Methode an.

Die Städtischen Bühnen Flensburg können nicht nur auf eine sehr lange, sondern auch rühmliche Tradition zurückblicken. Seit 1795 wird im eigenen Haus in Flensburg fast ununterbrochen Theater gespielt und, was wesentlich ist: diese Spiele wurden auf ausdrücklichen Wunsch der Bürgerschaft und mit ihrer materiellen Unterstützung begonnen und getragen. Erst seit 1934 ist das Flensburger Stadttheater ein ausschließlich städtisches Unternehmen. Die Geschichte der Flensburger Philharmoniker beginnt im eigentlichen Sinne erst 1920 mit dem Städtischen Orchester, welches seit 1950 von einem Zweckverband, dem die benachbarten Landkreise angehören, getragen wird. Dieses Orchester ist zugleich Theater-Orchester. Über dem Portal des 1795 errichteten Theatergebäudes stand jenes einen tiefen Glauben an die Macht des Geistes und den Zauber der Form atmende Wort: *Introite, nam et hic Dii sunt — Tretet ein, denn auch hier wohnen die Götter.*

Das deutsche Theater ist heute, mehr noch als die großen Orchester, Gegenstand oft heftiger Erörterungen in der Öffentlichkeit; auf der einen Seite geht man soweit, seine Daseinsberechtigung zu leugnen, auf der anderen will man es lebhaft gefördert sehen. Als sicher darf gelten, daß es auch unter den völlig gewandelten

soziologischen Voraussetzungen der Besucherkreise seine große Aufgabe haben könnte, wenn der Mut aufgebracht wird, den Spielplan wirklich zu entstauben, und zwar zugunsten des Schauspiels. Auf *die Oper* (Operette), die auch uns heute etwas sagt, wollen wir nicht verzichten, gern aber auf einfach nicht mehr goutierbare Handlungen und das Tralala. Man sollte weiter überholte Formen abstoßen und zwischenörtlich rationalisieren — im ganzen Lande. Dazu gehören Kenntnisse und Entschiedenheit sowohl der die künstlerischen Aufgaben vertretenden Kreise wie der bewilligenden Körperschaften. Die wirkliche Bedeutung des Theaters aber besteht nach wie vor darin, daß es zur Bildung eines Ensembles nicht nur *auf der Bühne*, sondern auch *vor der Bühne* führen sollte, indem dem Vortragenden und deutenden Ensemble eine kritische Gesellschaft, die aber auch eine Gemeinschaft ist, im Parkett gegenüber sitzt. Gerade in einer Grenzstadt wird man diesen Gesichtspunkt unterschreiben, wenn die Problematik des Theater angesprochen wird. Hier erlebt der Besucher in überhöhten Bildern die Freude, ein Teil des Ganzen zu sein. Hier auch wird er ein besonders feines Ohr dafür haben, wenn die Gesellschaftsproblematik des Jahrhunderts in modernen Stücken anderer Völker deutlich wird, und hier endlich nimmt er Anteil an dem Kulturerlebnis seiner Mitbürger, die einem anderen volklichen Kulturkreis angehören. Alles dies aber wird ihn aufnahmebereiter machen für das heute so notwendige Gespräch der Menschen miteinander.

Auf der anderen Seite stehen die wissenschaftlichen und sowohl in die Breite als auch in die Tiefe wirkenden Institute, nämlich die Museen, das Archiv und die Stadtbücherei, die, als Ganzes gesehen, sich in Flensburg einer zwar erfreulichen Etatisierung erfreuen, die aber, gemessen an ausländischen Verhältnissen und von ihrem besonderen Auftrag her gesehen, noch nicht so ausgestattet sind, daß sie in völlig ausreichendem Maße ihren Aufgaben genügen könnten. Den Museen wie dem Archiv obliegt es, überkommenes Kulturgut pflegerisch zu sammeln, zu verwalten und der Forschung nutzbar zu machen. So stehen diese Institute in der Vergangenheit und Gegenwart zugleich, sie bilden, regen an und helfen, wie es der Direktor des Museums bei der 50-Jahr-Feier des Hauses 1953 ausführte. In unserem Zusammenhang verdient es der Erwähnung, daß das Museum einem Flensburger Tischlermeister seine Entstehung verdankt, während das Heimatmuseum aus der naturwissenschaftlichen Arbeit eines Flensburger Lehrers hervorging. Dies mag als ein Zeugnis des historischen Sinnes und des Gefühls für Form und Gestalt dieser beiden Männer angesehen werden. Sie vollendeten jedoch ihr Werk mit Hilfe der Stadtvertretung, als der Sprecherin einer Bürgerschaft, die sich ihrer Verpflichtung gegenüber dem kulturellen Erbe und seiner fortdauernden geistigen Kraft bewußt war.

Ähnlich war die Stadtbücherei von Anfang an getragen von der kulturpädagogischen Absicht breiter Kreise, bis 1920 auch hier die Stadt die

Trägerschaft übernahm. Entstanden aus den Bestrebungen der Erwachsenenbildung im Ausgang des 19. Jahrhunderts, zunächst nur auf die Erfüllung volkstümlicher Aufgaben beschränkt, nimmt sie heute mit ihren über 50 000 Bänden die Aufgaben einer Allgemeinbibliothek, die der Bildung, der Praxis, der Forschung zu dienen hat, wahr. Die Grundlagen ihrer Arbeit sind in dem Jubiläumskatalog 1954 umrissen, in dem sich die Bücherei zur Aufgabe setzt, „das Gedächtnis der Nation mit den Gedanken der Epoche in ihren Büchern dem Leser darzubieten“. Die Bücherei wendet sich an die Kräfte des Verstandes und der Phantasie und möchte denen behilflich sein, die in der Literatur eine echte Lebensmacht erblicken.

Es kann hier nicht über die Methoden und Ergebnisse dieser städtischen Institute im einzelnen gesprochen werden. Auch für Flensburg besteht natürlich die allenthalben in Deutschland beobachtete Problematik der unterschiedlichen Etablierung der Institute der darstellenden Kunst auf der einen und der wissenschaftlichen und volkstümlichen Bildungsinstitute auf der anderen Seite. Man sollte weniger die Institute gegeneinander ausspielen als nach Wegen suchen, die schwachen Etats zu verbessern.

Freilich, die Institute des „zweiten Sektors“ haben den Vorteil, daß sie „billiger“ zu betreiben sind und dabei sehr viel in der Wirkung erreichen. Das sollte jedoch nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß sie wegen ihrer besonderen gesellschaftsbildenden Kräfte noch besser ausgerüstet sein müßten. „Es kommt“, sagte Goethe zu Eckermann, „darauf an, daß in einer Nation viel Geist und *tüchtige Bildung* in Kurs sei, wenn ein Talent sich schnell und freudig entwickeln soll“. Der Talente kann kein Volk entraten, es muß sich also um Geist und Bildung bemühen, wenn es bestehen will.

Andere Institute

Die Aufzählung der kulturellen Institute in Flensburg wäre nicht vollständig, wollte man die staatliche Pädagogische Hochschule und die als e. V. arbeitende Volkshochschule nicht auch nennen. Aus ersterer geht jährlich ein Strom junger Lehrer ins Land, die, ausgebildet nicht nur als Lehrer, sondern auch als Erzieher, Träger des Geistesgutes in der Landschaft sind. Wissenschaftliche und pädagogische Publikationen ihrer Dozenten tragen, wie die Veröffentlichungen mancher Flensburger, den Namen der Stadt ins Land. Die Volkshochschule will in zahlreichen Vorlesungen die geistigen und tätigen Bezirke des menschlichen Lebens miteinander in einen echten Einklang bringen und erstrebt im besonderen ein abwechslungsreiches Vortragsleben, z. T. in Verbindung mit anderen Vereinigungen.

Besondere Aufgaben Flensburgs

Der Kreis der Mittler ist gerundet. Es wird ohne weiteres klar, daß die Stadt als solche die entscheidende Kraft ist. Ihre finanzielle Leistung ist enorm. Sie übernahm die Rolle der Mäzene früherer Zeiten, wobei sie in der Erfüllung lokaler und überlokaler Aufgaben Anspruch auf eine angemessene Unterstützung erheben darf. Sie übernahm damit auch, ohne „regieren“ wollen, die Führung in bestimmten Dingen. In bunter Folge wird in Aufführungen und Ausstellungen, in Vorträgen und Veranstaltungen ihrer Institute das allgemeine Kulturbewußtsein unseres Volkes, von dem wir eingangs sprachen, deutlich. Und es ist ganz natürlich, daß diese Institute als Repräsentanten dieses Bewußtseins sich um ein kulturelles Gespräch mit dem Nachbarvolk bemühen. Aus einer politischen wie kulturellen Grundhaltung, deren Kennzeichen das Gefühl für Maß und Harmonie ist, entstanden so die „Flensburger Tage“, ein sichtbarer Ausdruck der kulturellen Kraft dieser Stadt. Im Vorwort zu der ersten Veranstaltung dieser Art heißt es, daß „fern jeder Nordlandschwärmerei, aber bereit, jede die völkerverbindende Arbeit zu unterstützen“, die Stadt Flensburg einen echten Beitrag zu einem Gespräch zwischen den Völkern zu leisten versuche. Ein Anfang wurde gemacht. Die gewonnenen Erfahrungen ermutigen und verpflichten zur Fortführung des Werkes.

Von den Besuchern, Hörern und Lesern

Die dritte Komponente im Kulturleben einer Stadt, die Aufnehmenden, könnte hier nur in Zahlen vorgestellt werden, und manches schöne Ergebnis wäre zu verzeichnen. Wir sind nicht Anbeter der Zahl und bedauern, daß sie in der „Rentabilitätsberechnung“ allzusehr strapaziert wird. Wir sehen daher von der Statistik hier ab. Wir möchten jedoch an dieser Stelle den Aufnehmenden in Schutz nehmen und zugleich eine traurige Erfahrung aussprechen. Auch die Hörer und Besucher werden strapaziert. Die Mittler legen sich nicht immer die genügende Selbstbeherrschung auf, und manche Veranstaltungen finden mehr aus zufälligen Gründen statt, denn aus der inneren, gereiften Kraft. Schlimmer noch, gute Veranstaltungen fallen auf den gleichen Tag. Das ermüdet und entmutigt das Publikum. Andererseits findet manche gute Leistung nicht die Anerkennung, die sie verdient. Sie tritt in den Schatten von Darbietungen, die nicht immer frei von Snobismus sind, weder was die Gebenden noch die Empfangenden angeht. Wenn man nämlich „dabei sein will“, dann findet man auch die Zeit, trotz prasselnden Regens oder anderer sonst oft angeblich vorhandener Hindernisse. Das Maß auch hier zu finden, sollte immer das gemeinsame Ziel der Mittler und der Aufnehmenden sein. Das wird um so leichter gehen, wenn beiden das Bemühen um das wirkliche geistige Erlebnis gemeinsam ist.

FLENSBURG 1789

Gedicht von Heinrich Harries (geb. in Flensburg am 9. Sept. 1762, gest. als Prediger in Brügge, Amt Bordesholm, am 28. Sept. 1802)

*Du alter, grauer Fischer Flens, o that'st du jetzt erwachen,
Was würd'st du alter Großpapa da wohl für Augen machen!
Da schwanken Schiffe klein und groß mit vielen bunten Flaggen,
Die holen uns aus Ost und West gar wunderschöne Sachen!
Aus Riga, Cett' und Port a Port, aus Island und Neapel —
Und linker Hand da laufen sie rein wie geschmiert vom Stapel.
Auch wird allhier, Gott sei gedankt! die Muse nicht vergessen,
Und schwelgt sie nicht, so hat sie doch so ziemlich satt zu essen.
Wir jubeln laut bei Sang und Klang und Haydnischen Sonaten!
Doch ist wohl freilich manches Ohr ein wenig lang gerathen.
Und dann — und dann Comödia! das ist ein herrlich Leben!
Da sitzt man (o das thut so gut) zu lachen und zu beben!
Doch wissen wir zu seiner Zeit uns wieder brav zu tummeln!
Und — nennt uns alles, was ihr wollt — nur keine faule Hummeln!
Zwar lieben wir Negotia und auch Dukaten-Häufchen;
Doch rauchen wir in Fried' und Ruh' auch unser Abendpfeifchen.*

(acht von dreiundvierzig Strophen)

Flensburgs Zeitungen früher und jetzt

Wer sich mit der Geschichte des Zeitungswesens in Flensburg vertraut machen will, wird enttäuscht sein, keine einschlägige Literatur vorzufinden, die dieses hochinteressante Gebiet zusammenhängend umfaßt. Es sind zwar zu den verschiedensten Gelegenheiten Aufsätze geschrieben worden, die sich aber fast ausschließlich nur mit einer Zeitung befassen. Die nachfolgende Arbeit stellt den Versuch dar, einen Überblick über die bisher in Flensburg erschienenen und erscheinenden Zeitungen zu geben.

„Intelligenzblätter“ machten den Anfang

Die erste Zeitung nicht nur in Flensburg, sondern im gesamten Herzogtum Schleswig war die „Königlich allergnädigst privilegierte Flensburger Adresse-Comptoirs-Nachrichten“. Dieses Wochenblatt erschien von 1766 bis 1771.

Nach einer Pause von fast zwei Jahren kam dann jeweils dienstags und sonntags das „Flensburgische gemeinnützige Wochen-Blatt“ heraus. Die erste Nummer erschien am 2. Oktober 1773. Auch dieser Zeitung war nur eine verhältnismäßig kurze Lebensdauer beschieden.

Auf Anregung eines Kreises literarisch interessierter junger Leute kam dann ab Juli 1788 das „Flensburgische Wochenblatt für Jedermann“ heraus. Dieses sonst unpolitische Blatt stellte sich 1848 auf die Schleswig-Holsteinische Seite und dem Drucker wurde daraufhin 1852 vom König das Privileg entzogen.

Diese drei genannten Presseerzeugnisse bezeichneten sich als „Intelligenzblätter“. Sie waren, bis auf die obenerwähnte Ausnahme 1848, Dänemark und dem König gegenüber loyal. Ihr Inhalt bestand zum größten Teil aus amtlichen Bekanntmachungen, Handels- und Schifffahrtsnachrichten und Anekdoten. Eine besondere Rubrik wurde den Persönlichkeiten gewidmet, die durch Flensburg „paßirt“ waren. Später kamen dann belehrende und unterhaltende Aufsätze hinzu.

Neben diesen Wochenblättern als Vorläufern unserer heutigen Tageszeitungen fehlte es nicht an periodisch erscheinenden Druckerzeugnissen, die aber keine „aktuellen Nachrichten und Berichte“ brachten und darum nicht als Zeitungen in unserem Sinne auszusprechen sind.

Die ersten „richtigen“ Zeitungen

Eine Wende auf dem Gebiet des Zeitungswesens in Flensburg trat im Jahre 1840

ein, als A. S. Kastrup die „Flensburger Zeitung“ gründete. Diese deutschgeschriebene Zeitung war dänisch orientiert. Als nach den Ereignissen von 1848 die „Landesverwaltung“ eingesetzt wurde, stellte sich die „Flensburger Zeitung“ dieser gegenüber loyal ein und änderte ihren Namen in „Flensburger Correspondent“ um. Redakteur wurde der Advokat Blauenfeld. Er wurde 1850 von dem Arzt Dr. Manicus abgelöst, und die Zeitung erschien von da ab wieder unter ihrem ursprünglichen Namen bis 1864. Sie wurde dann von dem Itzehoer Drucker Ludolph Maass erworben und erschien bis 1945 unter dem Titel „Flensburger Nachrichten“.

Zu erwähnen waren weiter „Der Ostsee-Telegraph“ mit dem Untertitel „Flensburger Correspondenz-, Gewerbe- und Anzeigenblatt für Stadt und Land“, der von H. Petersen und I. A. Petersen herausgegeben und gedruckt wurde. Diese Zeitung war von 1848 bis 1850 antidänisch, später demokratisch-liberal.

Es erschien ferner das „Königlich Privilegierte Flensburger Anzeigenblatt“, das von der Witwe Kastrup herausgegeben wurde und sich von 1853 bis 1857 „Avertissementsblatt“ nannte.

Die 1864 von Theodor Herzbruch gegründete „Flensburger Norddeutsche Zeitung“ trat für die Einverleibung der Herzogtümer Schleswig und Holstein in Preußen ein. Sie ging 1878 in den Besitz der Brüder Funke über und erhielt als Beilage die „Nordschleswigsche Post“. Die „Flensburger Norddeutsche Zeitung“ wurde 1920 von Dänen erworben und erschien von da ab als „Neue Flensburger Zeitung“.

Schließlich wurde 1872 das „Flensburger Annoncenblatt“ gegründet, das K. Thillerup und Ernst Knotte herausgaben. Dieses Blatt wurde 1925 in „Flensburger Generalanzeiger“ umgetauft und ging 1935 ein.

Für die Dauer der Volksabstimmung erschien ab 1920 in Flensburg das „Flensburger Tageblatt“. Ebenso in der Zeit von 1920 bis 1922 die „Schleswigsche Grenzpost“, die sich dann mit den „Flensburger Nachrichten“ vereinigte.

„Flensburger Nachrichten“ und „Flensburger Tageblatt“

Diese beiden Zeitungen, von denen heute nur noch das „Flensburger Tageblatt“ existiert, müssen gemeinsam genannt werden, denn die eine ist aus der anderen hervorgegangen. Auch wird das „Flensburger Tageblatt“ vor allem von den älteren Flensburgern heute noch weiterhin als „Nachrichten“ angesprochen. Wie bereits erwähnt, wurde 1840 die deutschgeschriebene, aber dänischorientierte „Flensburger Zeitung“ gegründet, die sich dann von 1848 bis 1850 „Flensburger Correspondent“ nannte und von da ab wieder unter ihrem ursprünglichen Namen erschien. Die durch den Krieg von 1864 veränderte Situation gab dem aus Itzehoe kommenden Drucker Ludolph Maass die Möglichkeit, die Zeitung zu erwerben. Seit Juni 1865 erschien sie jetzt unter dem neuen Namen „Flensburger

Nachrichten“ dreimal wöchentlich. Als Herausgeber zeichnete D. A. F. Ponton verantwortlich, während Maass die Zeitung redigierte, bei der sich nicht nur der Name, sondern auch die politische Richtung geändert hatte. Aus dem bisher in dänischem Sinne geschriebenen Blatt war eine deutsche Zeitung geworden. Ein Jahr später erhielt Maas dann selbst die Genehmigung als Herausgeber. Ponton schied aus und Maass war jetzt Herausgeber, Verleger und Chefredakteur in einer Person. Er und seine Nachfolger aus der Familie bauten die Zeitung immer weiter aus und machten sie zu einem führenden Organ in Flensburg. Gelegentlich schwankte die parteipolitische Richtung, man war freisinnig, demokratisch, liberal und national, doch immer deutsch.

Die „Flensburger Nachrichten“ bestanden bis zum Ende des zweiten Weltkrieges. Der Papiermangel in den letzten Kriegsmonaten zwang zur Verminderung des Umfangs. Die Zeitung erschien schließlich in den letzten Kriegstagen nur noch zweiseitig im Kleinformat, um dann mit der Kapitulation vollständig aufzuhören.

Die „Flensburger Nachrichten“ gehörten nun der Vergangenheit an, doch der Betrieb im Verlagsgebäude in der Nikolaistraße stand darum nicht still.

Bereits am 11. Mai 1945 erschien das „Flensburger Nachrichtenblatt“ mit dem Untertitel „Zeitung der Militärregierung“. Dieses ebenfalls im Kleinformat erscheinende Blatt wurde zunächst kostenlos an die Bevölkerung ausgegeben. Anfang 1946 erschien das von dem kanadischen Major Zubick redigierte Blatt wieder mehrseitig im Großformat. Die letzte Nummer dieser Zeitung wurde am 28. März 1946 herausgegeben.

Neben dem „Flensburger Nachrichtenblatt“ druckte die Militärregierung in derselben Druckerei vom 25. Juli 1945 bis zum 3. April 1946 als Zeitung für ganz Schleswig-Holstein den „Kieler Kurier“. Diese von Anfang an großformatige Zeitung, deren Auflage mehrere hunderttausend Exemplare betrug, wurde von Flensburg aus per Lastwagen und Bahn über das ganze Land verteilt.

*

Mit dem letzten Erscheinen des „Kieler Kurier“ am 3. April 1946 ging in Flensburg die Ära der „Militärregierungszeitungen“ zu Ende. In einer Feierstunde übergab die britische Besatzungsmacht den Flensburgern Ludwig Iwersen, Thomas Andresen und Hans Harloff die Lizenz Nr. 35 für die Herausgabe einer eigenen deutschen Zeitung, die am 6. April 1946 erstmals erschien. Sie erhielt den Titel „Flensburger Tageblatt“. Chefredakteur wurde Dr. Hanno Schmidt. Der inzwischen „entflochtene“ und liquidierte „Verlag der Flensburger Nachrichten und Deutscher Grenzverlag“ wurde als „Flensburger Zeitungsverlag GmbH“ neu ins Leben gerufen.

Das „Flensburger Tageblatt“, das den Untertitel „Überparteiliche Zeitung für das Land Schleswig-Holstein“ führt, wird jetzt von Thomas Andresen, Chr. C. Christiansen, Herrn. G. Dethleffsen, Ludwig Iwersen, Georg Macknow und Dr.

Werner Petersen herausgegeben. Der ursprüngliche Lizensträger Hans Harloff, der als Sozialdemokrat die Lizens erhalten hatte, schied aus, als er sich nach der im Juli 1946 vollzogenen Spaltung der SPD in Flensburg der dänischorientierten SPF anschloß.

„Flensburger Volks-Zeitung“

Eine sozialdemokratische Zeitung erschien in Flensburg zuerst 1911 unter dem Titel „Flensburger Volkszeitung“. Sie wurde bei Chr. Haase & Co. in Kiel herausgegeben und gedruckt. Trotz des Titels war sie keine speziell Flensburger Zeitung, denn sie enthielt nur eine halbe Seite Flensburger Lokalstoff. Als regelrechte Flensburger Zeitung kann sie erst ab 1919 bezeichnet werden, nachdem der „Verlag Flensburger Volkszeitung“ gegründet worden war und die Zeitung bei Emil Schmidt Söhne in Flensburg gedruckt wurde, später im eigenen Betrieb, der Schleswig-Holsteinischen Druckerei-Gesellschaft, die dann aber — eine Folge der Wirtschaftskrise — 1931 liquidieren mußte. Von da ab erschien die „Flensburger Volkszeitung“ wieder bei Haase & Co. in Kiel und wurde 1933 verboten.

Die Bemühungen der seit 1947 in Kiel wiedererscheinenden „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“, in Flensburg Fuß zu fassen, blieben nach erfolgversprechenden Ansätzen vor der Währungsreform auf die Dauer negativ.

„Flensburger Presse“

Die seit dem Sommer dieses Jahres in der neu gegründeten Verlagsanstalt Flensburg G.m.b.H. erscheinende Wochenzeitung „Flensburger Presse“ ist bestrebt, diese Lücke auszufüllen. —

„Flensburger Stimme“

Als Organ der Heimatvertriebenen erscheint in Flensburg einmal in der Woche die „Flensburger Stimme“. Dieses von Hans-Dietrich von Horn herausgegebene und redigierte Blatt steht dem BHE/GB nahe.

Die Presse der dänischen Minderheit

Als Sprachrohr der dänischen Minderheit erscheinen in Flensburg in dänischer Sprache „Flensborg Avis“ und die deutschgeschriebene „Südschleswigsche Heimat-Zeitung“.

„Flensborg Avis“

Nach dem 1864 erfolgten Einmarsch der Preußen und Österreicher in den Landesteil Schleswig mußte die bis dahin erscheinende dänische Presse ihren

gesamten Betrieb einstellen. Erst nach der Verabschiedung des Preußischen Pressegesetzes vom 1. September 1867 erhielt die Stadt wieder ein dänisches Organ im „Flensburger Anzeiger“. Dieses vertrat dänische Interessen in deutscher Sprache. Dem dänischen Bevölkerungsteil der Stadt lag aber daran, eine Zeitung zu besitzen, die dänisches Gedankengut auch in dänischer Sprache veröffentlichte. Durch eine Interessengemeinschaft, die aktiv diese Pläne förderte, wurde dann „Flensborg Avis“ ins Leben gerufen und erschien am 1. Okt. 1869 zum ersten Mal.

Als verantwortlicher Herausgeber der kleinen, nur dreispaltigen Zeitung zeichnete Gustav Johannsen verantwortlich, redigiert wurde sie von dem Leutnant P. A. Willemoes und später von K. E. Vennerwald. Während des Deutsch-Französischen Krieges wurde „Flensborg Avis“ eine Zeitlang verboten. G. Johannsen wurde mehrfach wegen in der Zeitung veröffentlichter Artikel zu Freiheitsstrafen verurteilt, darunter zu längerer Festungshaft, die er in Magdeburg verbüßte.

Als Johannsen Mitglied des deutschen Reichstages wurde und deshalb oft längere Zeit von Flensburg abwesend war, übernahm am 1. Juli 1882 Jens Jessen die Chefredaktion. Ein Jahr später wurde er auch Eigentümer der Zeitung. Um die minderbemittelten Bevölkerungskreise zu erfassen, die „Flensborg Avis“ nicht halten konnten, gab er zusätzlich „Det lille Blad“ heraus, das später den Titel „Flensborg Avis, Mindre Udgave“ erhielt, ferner die Wochenzeitschrift „Flensborg Ugeblad“.

Am 1. Oktober 1889 verwirklichte Jessen einen langgehegten Plan, er ließ die deutschgeschriebene, aber dänischen Geist atmende „Flensburger Zeitung“ erscheinen, die jedoch später nach fünf Jahren wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten ihr Erscheinen wieder einstellte.

Die „scharfe Sprache“, die „Flensborg Avis“ führte, brachte es mit sich, daß Jessen und sein Mitarbeiter P. Simonsen in der Zeit von 1872 bis 1908 zu insgesamt 112 Monaten und 15 Tagen Gefängnis und erheblichen Geldstrafen verurteilt wurden. Beide saßen davon je vier Jahre im Gefängnis ab.

Von 1902 bis 1906 war Jessen Vertreter der dänischen Interessen im deutschen Reichstag. Als er am 6. Juli 1906 starb, übernahm seine Witwe die Zeitung, deren Chefredakteur E. Christiansen wurde.

Nach der Volksabstimmung 1920 in der 1. Zone erlebte „Flensborg Avis“ einen großen Aufschwung. Doch die neugezogene Grenze, die sich überall bemerkbar machenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und nicht zuletzt der niedrige Kurs der dänischen Krone brachten der Zeitung Rückschläge. Um eine neue wirtschaftliche Grundlage aufbauen zu können, überließ Frau Jessen im Mai 1930 einer neugegründeten Aktiengesellschaft die Herausgabe der Zeitung.

Den Männern, die seit 1933 in Deutschland die Macht in den Händen hatten, war

die einzige nicht-nationalsozialistische Zeitung in „Großdeutschland“ ein Dorn im Auge. E. Christiansen, der 34 Jahre hindurch den Posten des Chefredakteurs innehatte, wurde im Juli 1940, kurz nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Dänemark, von seinem Amt entfernt. Er starb am 26. Februar 1941. Sein Nachfolger wurde L. P. Christensen, seit 1906 stellvertretender Chefredakteur von „Flensburg Avis“. Obwohl man an höchster Stelle Christensen als Ratsmitglied in Flensburg bestätigt hatte, hegte man in Berlin doch Zweifel an seiner loyalen Einstellung gegenüber dem Nationalsozialismus. Aus Kiel und Berlin erfolgten Zurechtweisungen am laufenden Band. Aber trotz des verstärkten Druckes „von oben“ konnte Christensen die Zeitung am Leben erhalten, wenn auch nur als „kleines, armes Nachrichtenblatt“.

Mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht begann für „Flensburg Avis“ eine neue Aera, die aber die gehegten Erwartungen keineswegs erfüllte. Zwar stieg die Auflage wieder sehr sprunghaft in die Höhe, doch auch jetzt gab es bittere Enttäuschungen. Die britische Zensur meldete sich und untersagte der Zeitung, zur Grenzfrage, zur nationalen Zukunft des Landesteiles Schleswig, zur Zukunft der dänischen Minderheit usw. Stellung zu nehmen oder den Wunsch zu äußern, wieder unter dänische Herrschaft zurückzukehren. Trotz dieser Einschränkungen stieg die Auflageziffer weiter an, ging aber wieder stark zurück, als im Juni 1948 die Währungsreform kam und im gleichen Jahr die „Südschleswigsche Heimat-Zeitung“ in deutscher Sprache erschien, die viele dänischgesinnte, aber der dänischen Sprache nicht mächtige Einwohner in Stadt und Land von „Flensburg Avis“ abzog.

„Südschleswigsche Heimatzeitung“.

Die dänischorientierte, aber deutschgeschriebene „Südschleswigsche Heimat-Zeitung“ wurde am 25. September 1948 in Husum gegründet und anfangs auch dort als dreimal wöchentlich erscheinende Zeitung gedruckt. Am 2. September 1949 wurden Verlag und Redaktion nach Flensburg verlegt. Diese Zeitung ist das gegenwärtig letzte Glied in der Kette der bisher erschienenen deutschsprachigen, aber dänischorientierten Zeitungen in Flensburg, wozu außer einer Anzahl der bisher schon genannten Zeitungen seit kurz vor der Abstimmung von 1920 die von der dänischen Minderheit erworbene „Flensburger Norddeutsche Zeitung“ gehört, die in „Neue Flensburger Zeitung“ umgetauft wurde. Sie erschien dann in Stadt und Kreis Schleswig als „Neue Schleswiger Zeitung“ und speziell für die dänischgesinnten Friesen als „Der Schleswiger“. Im Laufe der Zeit wurden alle drei Ausgaben als „Der Schleswiger“ herausgegeben und von Julius Bogensee und Jacob Kronika redigiert. Nach einem 1923 erfolgten Verbot verlor „Der Schleswiger“ den größten Teil seiner Abonnenten und erschien dann nur noch als zweiseitige Beilage in „Flensburg Avis“. Nach einem 1937 von Dr. Goebbels erneut

verhängten Verbot durfte später „Der Schleswiger“ nur noch als Monatsblatt erscheinen, bis er dann im Laufe des Krieges völlig verschwand.

Nach dem Abschluß des zweiten Weltkrieges wurde bei der dänischen Minderheit die Forderung nach einer deutschgeschriebenen Zeitung laut. Da die Militärregierung „Flensburg Avis“ verboten hatte, „auch nur ein deutsches“ Wort zu drucken, fehlte der Minderheit ein Presseorgan, um die der dänischen Sprache nicht mächtigen Wähler anzusprechen. Entsprechende Anträge auf Genehmigung einer deutschsprachigen Zeitung wurden von der Militärregierung aber zunächst abgelehnt.

Im September 1948 erteilte die britische Militärregierung dann an Hermann Olson, Johannes Oldsen und Svend Johannsen die Lizenz für die Herausgabe der „Südschleswigschen Heimat-Zeitung“, die bei Isselt in Husum verlegt wurde. Wegen Differenzen in der Redaktion und politischer Meinungsverschiedenheiten zwischen dieser und dem Vorstand des SSW wurden schon nach einem Jahre Verlag und Redaktion der SHZ nach Flensburg verlegt. Gleichzeitig schied S. Johannsen als Chefredakteur aus. Dieser Posten wurde von Tage Jessen übernommen, der seit 1928 in der Redaktion von „Flensburg Avis“ tätig war. Nach dem Umzug wurde die „Südschleswigsche Heimat-Zeitung“ zuerst bei „Flensburg Avis“ gedruckt, seit dem 1. Februar 1950 bei E. H. Nielsen in Flensburg und zur Zeit wieder bei „Flensburg Avis“.

Wird die schöne Lage von Flensburg und ihre Reize von den Einwohnern wol gehörig geschätzt? Auf drey Seiten mit ziemlich großen Hügeln umgeben, die vierte den Meerbusen berührend; mit schönen Anlagen, Spaziergängen, Gärten, Belustigungsörtern, Aussichten ec. reichlich versehen; durch die frische Seeluft und kühlen Springbrunnen sehr selten, in Vergleichung anderer Städte, mit Epidemien heimgesucht, folglich eben so gesund als angenehm; und welches, meiner Meynung nach, allen diesen großen und mehrern herrlichen Vorzügen dieser guten Stadt Flensburg die Krone aufsetzt, kan jeder, dessen Gefühl für sinnliche und geistige Freuden empfänglich ist, sein Leben wahrlich mit der behaglichsten Ruhe und Sicherheit hier genießen.

Peter Rivesell, 1817

Flensburg Bys Historie

Eine Buchbesprechung

1. Band: Die Zeit bis 1720. — 2. Band: Die Zeit nach 1720. — Hagerups Verlag, Kopenhagen 1953 und 1955. — 387 und 492 Seiten.

In einer Reihe von Büchern, die die Historische Gesellschaft für Sønderjylland über Südschleswig herauszugeben beabsichtigte, war ursprünglich auch ein kleines Buch über Flensburg geplant, das sich nun unter Mithilfe des dänischen Grenzvereins zu diesem imponierenden Werk einer zweibändigen Stadtgeschichte erweitert hat. Bedeutende Unterstützungen für die Ausarbeitung und den Druck des Werkes haben außerdem, wie das Vorwort betont, neben verschiedenen Stiftungen der Carlsberg-Fonds, der Dansk Kultursamfund und das dänische Unterrichtsministerium in Kopenhagen gegeben. Als Herausgeber zeichnen der Oberarchivar im dänischen Reichsarchiv, *Dr. phil. Holger Hjelholt*, der Leiter des Landesarchivs in Viborg, *Johan Hvidtfeldt* und der Lektor in Kopenhagen, *Knud Kretzschmer*. Damit ist, wie der Vorsitzende des dänischen Grenzvereins, Präsident *Holger Andersen*, beim Erscheinen des

ersten Bandes hervorhob, „ein rein wissenschaftliches Werk“ gewährleistet: „Man hat sich bestrebt, eine für beide Seiten so sachliche Schilderung wie möglich zu geben; aber selbstverständlich ist das Werk von einem dänischen Grundgesichtspunkt aus geschrieben.“ Wir meinen, es wäre noch besser: von einem „schleswigschen“ gewesen. Eine Eigenart des Buches ist die Fülle der Verfasser, mit nicht weniger als 24 Namen. Innerhalb der chronologischen Hauptordnung: (im 1. Band:) Mittelalter — Die Zeit der Reformation und der Großen Kriege 1523-1720 — (im 2. Band:) Pietismus und Aufklärung — Nationalitätskampf und Krieg 1720-1864 — Unter dem deutschen Adler von 1864 bis heute — gliedern sie in 70 Abhandlungen und Artikeln (darunter drei, die sogar von zwei Verfassern geschrieben wurden!) die Stadtgeschichte systematisch auf, von der Gründung und dem Stadtplan an bis zu der sprachlichen Entwicklung von 1864 bis in unsere Tage. Dabei lassen sich natürlich, wie selbst das Vorwort vermerkt, Überschneidungen und Wiederholungen bedauerlicherweise gar nicht vermeiden, wenn sie auch im 1. Bande häufiger als im 2. Bande vorkommen.

Ein dänisches Blatt bemerkte etwas sarkastisch: „Man sagt, daß viele Köche den Brei verderben, und das kann auch für die Geschichtsschreibung gelten ...“ Nun gehört gewiß die größte Anzahl der genannten Verfasseramen zu den bedeutendsten dänischen Gelehrten in ihrem Fach, die sich hier einer Stadtgeschichte gewidmet haben, und gerade das unterstreicht die Bedeutung, die die dänische Forschung diesem Buch „über Süderjütlands wichtigste Stadt durch Jahrhunderte hinaus“ beilegt, ein Vorgang, der nur ganz selten ein, Seitenstück auf deutscher Seite erfahren hat. Das bezeugt auch der in den Anhängen beigefügte wissenschaftliche Apparat von Anmerkungen und Noten, die in beiden Bänden rund 60 Seiten umfassen und in ihren Hinweisen wertvolle Forschungsarbeit aus Archiven, Bibliotheken, Quellen und Literatur enthalten, die auch späteren Geschlechtern zunutze sein werden. Dabei sind insgesamt etwa 200 Abbildungen in beiden Bänden enthalten, die in erwünschter Weise das Geschilderte illustrieren und die Darstellung auflockern. Sie sind allerdings nur zum geringen Teil hier zum erstenmal veröffentlicht und entstammen fast zur Hälfte der photographischen Sammlung des Flensburger Museums.

Es ist natürlich unmöglich, in einer Besprechung auf die Aufsätze im einzelnen einzugehen. Es können

daher nur einige der wertvollsten Abhandlungen hervorgehoben werden. Die Darstellung des 1. Bandes eröffnet einer der besten Kenner des dänischen Mittelalters, die ehrwürdige *Prof. Johanne Skovgaard* mit insgesamt sechs ausgezeichneten Aufsätzen: „Gründung und Stadtplan“ — „In Krieg und Frieden“ — „Bürgertum und Gildewesen“ — „Bürgermeister und Rat“ — „Unter Holsteinern und Oldenburgern“ — „Das Stadtbild Werktag und Festtag“. — Ihr folgt der Rechtshistoriker der Kopenhagener Universität *Prof. Dr. jur. Stig Juul* mit zwei bemerkenswerten Veröffentlichungen über „Stadtrecht und Rechtswesen“ und „Gesetz und Recht“. Über „Baukunst“ im Mittelalter, die „Duburg“, „Architektur und Bildkunst“ im 16. und 17. Jahrhundert sowie im 2. Bande für die beiden folgenden Jahrhunderte schreibt der bekannte Kunsthistoriker *Dr. phil. Vilhelm Lorenzen*. Die besonders interessante sprachliche Entwicklung verfolgt in vier Abhandlungen der hervorragend sachverständige Gymnasialdirektor *Dr. phil. Karl N. Bock*, Nakskov. Damit ist aber die Zahl der guten Aufsätze bei weitem nicht erschöpft, die über alle Gebiete des politischen und kulturellen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens der Stadt ein farbenreiches Bild entwerfen.

Wenn nun auch eine unhistorische Übertragung nationaler Gesichtspunkte des 19. Jahrhunderts in die Vergangenheit hinein (z. B. wenn

im 15. Jahrhundert in den Kämpfen zwischen den holsteinischen Grafen und der dänischen Krone die Flensburger Franziskaner-Mönche als „dänisch gesinnt“ bezeichnet werden, im Gegensatz zu den „deutsch gesinnten“ Zisterziensern des Klosters Rude!) im allgemeinen vermieden wird, so ist doch zweifellos eine Überbetonung der Gegensätze, aus einer gewissen Rechtfertigung eines dänischen Standpunktes heraus, vorhanden. Den Nichtkenner der Flensburger Stadtgeschichte könnte sie dazu verleiten, in diesen Auseinandersetzungen ihr hauptsächliches Leitmotiv zu erkennen. Dem ist aber keineswegs so. Wie ein roter Faden durchzieht die Stadtgeschichte stets die im Vormärz ausgesprochene Flensburger Wirtschaftsparole: „Was ist Politik? — Handel, und nichts als Handel!“ — Erst in den beiden letzten Jahrzehnten der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts beginnt die nationale Frage die Flensburger Wirtschaft zu überschatten. Hier sind es im zweiten Band besonders die Abhandlungen von *Johannes Lomholt-Thomsen*, Lektor in Kopenhagen, und des Mitherausgebers *Dr. phil. Holger Hjelholt*, die sich um eine objektive Darstellung des gefährlichen Stoffes mit Erfolg bemühen und auch dem Schleswig-Holsteiner ein gutes Bild des um die Mitte des 19. Jahrhunderts vielumstrittenen Flensburg zeichnen. Allerdings will der für deutsche Ohren diffamierende Ausdruck: „oprör“ für die

schleswig-holsteinische Erhebung, wie in der dänischen Presse der Gegenwart, immer noch nicht ganz verschwinden. Dabei kommt es doch zuletzt hier nur auf den zeitlichen historischen Standpunkt an. Für den zeitgenössischen Dänen, als Anhänger des Absolutismus der Krone, konnte es damals nur die eine Beurteilung eines „Aufruhrs“ geben; das Selbstbestimmungsrecht der Demokratie verlangt aber eine andere, geschichtlich-kritische Sicht.

Über die 13 Jahre zwischen den beiden schleswigschen Kriegen könnten die Worte Goethes an die dänische Schriftstellerin Friederike Brun, geb. Münter, stehen, die diese als Äußerung Goethes über den dänischen Nationalcharakter in ihrem Tagebuch festgehalten hat: „über die stille Hoffart und den Übermut der Dänen“, der dann die deutsche Kulturhaltung des sprachlich deutschen Flensburg vergeblich zu verdrängen versuchte, trotz nicht zu verkennender Fortschritte. Wirtschaftlich begann Flensburgs Handel schon damals zu stagnieren, und die wirtschaftliche Scheidelinie fällt keineswegs mit der politischen Wandlung von 1864 zusammen, wie es nach dem letzten Teil des 2. Bandes erscheint.

Hier liegt wohl die Hauptschwäche des ganzen Werkes. Man kann nicht behaupten, daß dieser vierte Teil des Gesamtwerkes einer abgerundeten Stadtgeschichte Flensburgs entspricht, wie ihn die anderen Teile

enthalten. Es ist in der Tat überwiegend eine an sich interessante Geschichte der dänischen Minderheit, aber sie wird nicht annähernd der kommunalen Entwicklung Flensburgs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gerecht. Dabei geht die Darstellung, man kann sagen, bis vorgestern; sie ermangelt schon damit des notwendigen historischen Abstandes von den neuen Ereignissen. Das gilt besonders für die Zeit nach 1945. Eine dänische Pressestimme bemerkte dazu schlecht und recht: „Einige Abhandlungen sind wohl mehr nationalpolitische Rechenschaftsberichte als direkte geschichtliche Darstellung.“ Eine politische Polemik erscheint uns hier in diesem Rahmen nicht sehr zweckvoll. Aber es war kein geringerer als der jetzige stellvertretende dänische Außenminister Ernst Christiansen, der gegenüber solchen Behauptungen: „Es ist kein Zweifel, daß, wenn die Südschleswiger sich darauf beschränkt hätten, ‚Flensburg heim‘ zu fordern, wie die Flensburg-Bewegung in der Abstimmungszeit 1918—1920, anstatt das ganze Südschleswig zu Dänemark haben zu wollen, so hätte die Forderung sowohl der dänischen Regierung wie den Siegermächten gegenüber durchgesetzt werden können“, kürzlich bei der Besprechung des Buches im dänischen Regierungsblatt kategorisch erklärte: „Eine dänische Stadt war Flensburg niemals“, und kurz und scharf betonte:

„Es ist sehr zweifelhaft, ob es irgendwelche reale Grundlagen für eine solche grenzpolitische Einschätzung gibt. Es war in Dänemark eine solide Majorität dagegen, irgendwelche Grenzverlegung vorzunehmen auf der Grundlage von Stimmungen, die der verlorene Krieg südlich der Grenze auslöste.“

Auch der allerletzte Satz des zweiten Bandes scheint uns ebenfalls der realen Grundlage zu entbehren, wenn *Dr. Karl N. Bock* seinen an sich vortrefflichen Aufsatz über die sprachliche Entwicklung von 1864 bis ca. 1950 mit folgendem Zukunftsausblick schließt, obgleich er selbst davor warnt, der dänischen Sprache in Flensburg das Horoskop zu stellen:

„Es ist zunächst davon abhängig, ob die Stadt von der Hauptmasse der ostdeutschen Flüchtlinge befreit werden kann, und danach — aber das ist ein politisches Moment — ob die Wiedervereinigungshoffnung lebendig bleibt.“

So endet ein bedeutendes historisches Werk mit einem politischen Mißklang. Hoffen wir, daß es den deutschen Forschern bald gelingen möge, auch den deutschen Flensburgern ein Gesamtbild der Stadtgeschichte zu geben.

Zuerst erschienen im „Flensburger Tageblatt“.

Die Hefte der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte

Fritz Graef:

Geschichte des Stadtarchivs, 1928 *

Elisabeth Kardel:

Die Stadt Flensburg und die politischen und nationalen Zeitströmungen um die Mitte des 19. Jahrhunderts, 1929 *

Christian Voigt:

Bibliographie zur Geschichte und Beschreibung der Stadt Flensburg, 1937 *

Alfred Meyse:

Tor Smeden. Eine Flensburger Großkaufmannsfamilie des 16. Jahrhunderts, 1939 *

Wilhelm Rust:

Das Tischlerhandwerk der Stadt Flensburg. Ein Gang durch vier Jahrhunderte bis zum Jahre 1866, 1940.

Thomas Matthiesen:

Gründung und erste Entwicklung der Flensburger Neustadt, 1949.

Andr. Lorck Schierning:

Die Chronik der Familie Lorck, 1949.

Klaus Witt:

Flensburger Theaterleben vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 1953.

Ellen Redlefsen:

Flensburg in alten Bildern, 1954.

Klaus Witt:

Plattdeutsches Bühnenspiel in Flensburg von 1600 bis zur Gegenwart, 1955.

H.-Fr. Schütt:

Zeittafel zur Flensburger Stadtgeschichte, 1956.

* Diese Schriften sind vergriffen.

Zeittafel zur Flensburger Stadtgeschichte

Unter diesem Titel hat soeben Dr. H. F. Schütt im Auftrage des Stadtschulamts und der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte in der Schriftenreihe der Gesellschaft (H. 11) einen Führer durch die Geschichte Flensburgs herausgegeben. Die Darstellung fußt auf der älteren Zeittafel Christian Voigts. Die Ergebnisse des Voigtschen Werkes sind, soweit nötig, ergänzt und die Darstellung ist bis in die unmittelbare Gegenwart weitergeführt. Auf 48 Seiten werden die Daten der Stadt von 1128 bis 1955 mitgeteilt und in die großen Abschnitte einerseits der Niedergangs- oder Blüteperioden der Stadt selbst bzw. in die Abschnitte einer gesamtgeschichtlichen Betrachtung aufgeteilt. Der Leser

erfreut sich zunächst an dem klar dargebotenen Material, und für den Kenner erweitern und verbinden sich die Zahlen und Tatsachenmitteilungen zu ganzen Vorstellungskreisen.

Noch immer „neue Phase“ ?

„Alles fließt“. Jeden einzelnen Punkt der Zeit könnte man festhalten, mit früheren vergleichen und als Abschluß einer verflissenen und Beginn einer neuen Periode ansehen. Denn die Welt ist alle Morgen neu. Dabei wissen wir, daß im Treiben des Zeitenstroms immer Kräfte verschiedener Art wirksam sind, und daß seine Oberfläche ihr Gesicht verändert, je nachdem die eine oder die andere sich stärker durchsetzt. Manchmal wollen die Wasser am Ufer nur zögernd mit, manchmal gehen sie im Strudel sogar gegenan, und manchmal taucht Versunkengeglaubtes wieder auf. Irgendwie ist aber alles miteinander verbunden und muß im Fließen mit.

In der Entwicklung unseres Grenzlandes nach 1945 könnten wir an verschiedenen Stellen Anlaß nehmen zur Besinnung und zur Rückschau. Zeitpunkt und Eindruck werden freilich andere sein, wenn man vom Norden aus sie betrachtet als vom Süden. In jedem Fall erhält das Geschehen aber sein Gepräge durch die Bevölkerungen, die aktiv oder passiv beteiligt sind. Uns will scheinen, daß man fünf Abschnitte oder Phasen in den vergangenen elf Jahren unterscheiden kann:

Auf Deutschschleswig gesehen —		Auf Dänemark gesehen:
1. Phase	Katastrophale Auflösung und besinnungslose Flucht	Vorsichtige Zurückhaltung
2. Phase:	Beginnende Sammlung	Überschäumende Begeisterung
3. Phase:	Triebhafter Widerstand	Rücksichtsloser Einsatz
4. Phase:	Besonnene Abwehr	Beginnende Ernüchterung
5. Phase:	Ausgleichende Verständigungsbereitschaft.	Ausgleichende Verständigungsbereitschaft

Es sei noch einmal gesagt, daß niemals eine Phase die andere plötzlich ablöst oder die in den früheren wirkenden Kräfte ganz ausschaltet; gewisse Richtungen schieben sich vor und drängen andere in den Hintergrund. Auf deutscher Seite deutete sich die letzte Phase etwa an mit der Kieler Erklärung vom 9. September 1948. Die Kräfte anderer Richtung waren aber damit nicht überwunden und gewannen hier und da wieder Oberhand. Mit den deutsch-dänischen Vereinbarungen von Bonn und Kopenhagen aber tritt diese neue Phase unverdunkelt in Erscheinung: Der Schleswig-Holsteinische Landtag gibt seinen

Widerstand gegen die Aufhebung der Fünf-Prozent-Klausel für die Minderheit auf, das nationale und kulturelle Selbstbestimmungsrecht der dänischen Minderheit werden von der Regierung vorbehaltlos anerkannt, und man ist bereit, alle Fragen der Minderheit in gegenseitiger Rücksprache, am liebsten durch einen Kontaktausschuß, zu bereinigen.

Auf dänischer Seite bedeutet diese Phase unausgesprochenen Verzicht auf irredentistische Bestrebungen zur Loslösung Südschlewigs aus dem deutschen Staatsverband, also Verzicht auf Erfüllung von Hoffnungen, die seit 1864 in vielen dänischen Familien genährt und um 1947 allem Anschein nach von etwa einem Drittel des dänischen Volkes geteilt wurden. Der Verzicht wird durch die Erfahrung unterbaut, daß die dänischen Stimmen in Südschleswig und die Zahl der die dänischen Schulen besuchenden Kinder in den letzten Jahren auf weniger als die Hälfte zusammengeschmolzen sind. Es erscheint trotz des unvermindert starken Kultureinsatzes aussichtslos, jemals die volkliche Zusammensetzung Südschlewigs so zu ändern, daß eine Abstimmung für Dänemark Aussicht auf Erfolg hat. Jede Aggression politischer Art ist darum sinnlos und wird die Atmosphäre der Verständigung nur stören und alte Ressentiments zwischen den beiden Völkern neu aufreißen.

Dazu kommt eine weitere Überlegung: Deutschland und Dänemark sind berufen, Seite an Seite in der Nato die europäische Kultur und politische Selbständigkeit gegen Angriffe von außen zu verteidigen. Deutschland ist bestellt, die dänische Südgrenze zu schützen, und Dänemark übernimmt die Sicherung der Tore zwischen Nord- und Ostsee, für die bis 1945 Deutschland sich verantwortlich fühlte. Eine solche Zusammenarbeit an der Europafront zwingt aber auch zu zivilen Beziehungen in Friedenszeiten.

So schiebt die neue Phase, von verschiedenen Seiten gedrängt, in Dänemark sich vor, aber nicht ohne Widerstand. Seit dem Sommer vorigen Jahres ist das Ringen darum nicht zum Stillstand gekommen. Im letzten Grenzfriedensheft deuteten wir den Stand der Auseinandersetzungen an, wie er bis zum Ende des Sommers sich ergeben hatte. Es dürfte aber nicht überflüssig sein, die Entwicklung bis heute sich noch einmal zu vergegenwärtigen.

Es begann mit den Vorträgen auf der deutsch-dänischen Tagung in der Volkshochschule Magleås. Sie wurden von Bent A. Koch, dem Redakteur der Jugendzeitschrift „Grænsen“, und Lorenz Rerup, einem der in Kopenhagen studierenden jungen dänischen Südschleswiger, gesammelt und unter dem Titel „Grænsekampen i en ny Fase?“ herausgegeben. Sie wurden ohne Widerspruch hingenommen und in der Presse nicht ungünstig besprochen. Die Tagung hatte fast eine ganze Woche gedauert. Alle anstehenden Fragen der Auseinandersetzung im Grenzlande waren zur Sprache gekommen und erörtert worden. Der Eindruck des Neuen war wohl der, daß man offen und ohne

Vorbehalte sich über Dinge unterhalten konnte, die man bisher nicht recht anzurühren wagte. Man spürte, daß verhärtete Ressentiments im Begriff waren, sich zu lösen.

Über den Teilnehmerkreis hinaus werden aber wenige das Anrücken dieser neuen Einstellung bemerkt haben.

Aufsehen erregte erst der Artikel von Bent A. Koch über den „Grenzkampf vor einer neuen Phase“, den auch wir im letzten Grenzfriedensheft in unserer Umschau wiedergegeben haben. Wir wiederholen daraus die folgende Stelle:

„Es darf als selbstverständlich angesehen werden, daß die Tatsache, daß Dänemark und Deutschland nun zum ersten Mal in der Geschichte auf derselben Front stehen, und daß die politischen Leiter auf beiden Seiten sich bemühen, die Länder einander näherzubringen, mit der Zeit Folgen nach sich ziehen wird für die Verhältnisse im Grenzlande. Denn das, was jetzt im Begriff ist, sich zu vollziehen, ist nichts anderes als eine Verschiebung der jahrhundertealten dänischen Auffassung von Deutschland als dem Erbfeind.“

Es nimmt nicht wunder, daß solche Ansicht die alten und die neuen dänischen Kämpfer um Südschleswig auf den Plan rief: zuerst L. P. Christensen, Chefredakteur von „Flensborg Avis“, auf der nordischen Minderheitentagung in der Danebodhochschule auf Alsen, über die wir im letzten Heft auch schon kurz berichteten. Im Anschluß an die Vorträge von Holger Andersen und Lanning über das Selbstbestimmungsrecht nahm er etwas unvermittelt das Wort zur „neuen Phase“. Er meinte, wenn darunter die Bereitschaft der dänischen Seite zur Zusammenarbeit mit deutschen Kreisen gemeint sei, wäre der Ausdruck nicht ganz angebracht, denn die dänische Minderheit habe sich schon seit Jahren, auch vor 1945, an gemeinsamen deutsch-dänischen Veranstaltungen beteiligt. Die „Flensburger Tage“ z.B., die schon mehrfach wiederholt worden seien, wären ein deutlicher Beweis dafür. Wenn man aber mit der „neuen Phase“ zum Ausdruck bringen wolle, daß die Minderheit in Südschleswig den Kampf einstellen könne, weil die deutsche Seite ihr alle Wünsche erfüllt habe, dann sei sie fehl am Platze, denn man habe noch lange nicht erhalten, was man billigem weise fordern könne. Selbstverständlich dürfte die allgemeine politische Lage in Europa zu einer Annäherung zwischen Deutschland und Dänemark führen. Solange aber dem Recht der Minderheit nicht voll Genüge geschehen sei, wäre es verfrüht, von einer neuen Phase zu reden.

Damit war der Sturm entfesselt und raste nun wochenlang durch den Blätterwald Dänemarks, gegen eine anscheinend kleine Gruppe, die neue Signale ziehen wollte.

Vier Wochen nach der Tagung gaben Bent A. Koch und Lorenz Rerup die bis dahin erschienenen Pressestimmen zur Angelegenheit in einem vierzig Seiten starken Heft gesammelt heraus. Sie bringen nichts wesentlich Neues, sondern

umschreiben mehr oder minder weitläufig, was L. P. Christensen auf Danebod schon sagte. Eine scharfe Note aber wurde in den Streit gebracht, als Bibliothekar Mommsen, Flensburg, der Vorsitzende des SSW, erklärte, daß man sich gegen jeden Versuch wenden müsse, der die Südschleswig-Arbeit von Kopenhagener Schreibtischen aus zu dirigieren versuche; und hochoffiziell wurde die Sache, als der Südschleswigsche Verein, der Südschleswigsche Wählerverein, die Südschleswigschen Jugendverbände und der Verein der nationalen Friesen folgende Erklärung veröffentlichten:

„Die Südschleswig-Diskussion der letzten Zeit hat leider zu Reaktionen geführt, die teils auf Mißverständnissen beruhen.

Es ist niemals Aufgabe der Südschleswiger gewesen und kann und wird es nie sein, Organisationen und Privatpersonen daran zu hindern, die Zustände, Wege und Ziele unserer Arbeit zu erörtern und von daher unter eigener Verantwortung Gesichtspunkte aufzustellen.

Dennoch wird in einem volklichen Kampf jederzeit ein Unterschied festzustellen sein zwischen den mehr theoretischen, aber oft wertvollen Plänen und Gesichtspunkten der Etappe und den praktischen Erfahrungen und harten Notwendigkeiten des Alltags in der volklichen Frontlinie.

Wenn wir von seiten der südschleswigschen Führung einstimmig gegen gewisse grenzpolitische Formulierungen uns wenden, geschieht das in erster Linie, weil wir uns verpflichtet fühlen, die Wirklichkeit des Alltags darzustellen. Sonst würde der stark theoretische und etwas wirklichkeitsfremde Gesichtspunkt, der unter der Bezeichnung „neue Phase“ vorgebracht worden ist, die öffentliche Meinung zu einer einseitigen Beurteilung der Verhältnisse im Grenzlande verleiten.

Gleichzeitig müssen wir bedauern, daß man in einem Zeitungsstreit die Äußerungen dänischer Staatsmänner mißbraucht, indem man mehr hineinlegt, als man rechtens tun darf.

Als dänische Südschleswiger und nationale Friesen bekennen wir uns zu den Bestrebungen, die auf eine größere zwischenvolkliche Gemeinschaft hinzielen, wenn sie auf der Erkenntnis bestehender Gegensätze aufbaut und allen gleiches Recht und gleiche Freiheit sichert. Gleichzeitig betonen wir unser Recht und unsere Pflicht zum Kampf gegenüber den Kräften, die durch Machtmißbrauch eigene Interessen zu fördern suchen. Wir lehnen konjunkturbestimmte Auslegungen der Freiheitsrechte, u. a. des Selbstbestimmungsrechts, ab.

Wir anerkennen das Zustandekommen der Bonner Erklärung, aber wenn wir hier unten im Grenzlande von einer neuen Phase sprechen sollen, muß zuvor beiden Partnern das Recht zugestanden werden, *„auf geistbetonter Grundlage wirken zu können, um das schleswigsche Volk zu gewinnen*. Das ist das wenigste, was uns zugestanden werden muß (Intet mindre kan gøres).

Mit diesen Gesichtspunkten fühlen wir uns im Kontakt mit dem Besten in unserem

nordischen und gesamteuropäischen Erbe.“

Man spürt, daß den vielen allgemeinen Formulierungen der Erklärung eindringliche Auseinandersetzungen über konkrete Dinge vorausgegangen sind, daß trotzdem die hinter ihr stehenden Verbände den Übergang in eine neue Phase nicht aufhalten wollen.

An den Anfang zurück aber führt uns ein Artikel von Tage Mortensen im Organ des Südschleswigschen Ausschusses von 5. Mai 1945. Darin schreibt er: „Das Ziel meiner Arbeit um Südschleswig ist dasselbe, das sämtliche dänischen Südschleswig-Organisationen und wohl 99 der Mitglieder dieser Organisationen sich gesetzt haben: *„ein dänisches Südschleswig als Teil Dänemarks“*.“

Beim Überfliegen des Artikels denkt man im ersten Augenblick, es handele sich um 99 Prozent, aber wir verlesen uns nicht: Tage Mortensen schreibt: *„99 der Mitglieder dieser Organisationen“*. Wir wollen die Zahl ihm gerne glauben und sind beruhigt, daß die übrigen vier Millionen Einwohner Dänemarks nicht mitmachen. Andererseits glauben wir auch, was Lehrer Kragelund, der Vorsitzende der aktivistischen Schleswig-Liga, auf der Landestagung seines Verbandes sagte: „Es ist naiv, anzunehmen, daß der Kampf zwischen Deutsch und Dänisch im schleswigschen Raum eines Tages aufhören wird“. Das haben wir des öfteren schon betont. Völker sind lebendige Wesen, die sich erhalten und entfalten wollen. Darum werden weder Deutsche noch Dänen darauf verzichten können, auf „geistbetonter“ Grundlage um die Menschen des Grenzlandes zu werben. Aber der Erfolg solchen Werbens ist weniger abhängig vom Wollen als vom Wesen. Alles Erschaffene hat Anziehungskräfte, die sich nach allen Seiten auswirken, ohne daß man es weiß. Wer eine Antenne dafür hat, wird angesprochen, ob er will oder nicht, und wer im andern Volk nicht fest verankert ist, wird folgen wie der Feilspan dem Magneten. Aber das geschieht nach unbekanntem Gesetzen, und es kann sehr wohl sein, daß der zum Zweck der Anziehung eingesetzte Aufwand geradezu das Gegenteil von dem bewirkt, was man im Auge hat.

Wenn man den Völkern, die zwischen Eider und Königsau zu Hause sind, die Möglichkeiten sichert, ihrer Art zu leben, und jedem einzelnen überläßt, welchem er sich anschließen will, und nur an die Menschen denkt und nicht an den Raum, dann ist in Wahrheit eine neue Phase angebrochen.

Ob sie die letzte sein wird?

Europa hat sich in den letzten Generationen daran gewöhnt, in polaren Gegensätzen zu denken, es stellt Gemeinschaft und Individuum einander gegenüber, Kollektiv und Persönlichkeit, Ost und West, Stadt und Land, Unternehmer und Arbeiter, Industrie und Handwerk, Staat und Volk, Deutsch und Dänisch. Dabei drängt man in logischer Abgrenzung die Unterschiede soweit auseinander, daß nur die roten oder schwarzen Pole gesehen und die dazwischenliegenden fließenden Übergänge unterschlagen werden. Solche

dialektische Darstellung ist eine Abstraktion, die es in Wirklichkeit nicht gibt. Staat ist ohne Volk weder denkbar noch möglich, ebensowenig, wie es ein Volk gibt ohne den Willen zu eigener Ordnung oder eine Stadt ohne ländlichen Einschlag oder Landvolk ohne Beziehung zur Stadt. Es gibt auch keinen Deutschen, in dem nicht irgend etwas von dänischer Art sich findet oder umgekehrt. Die logische Zerreißung der Wirklichkeit aber hat eine Konstellation mit sich gebracht, die die Feindschaft zum vorherrschenden Prinzip macht in der Welt und unerbittlich uns in das Zeitalter der Vernichtungskriege hineingestrzt hat.

Wir meinen, schon weitergekommen zu sein, wenn wir uns gegenseitig dulden und uns für Toleranz und Koexistenz einsetzen. Aber damit überwinden wir die Spaltungen, in die sich die Welt hineingedacht hat, nicht, sondern bestätigen sie nur.

Wenn wir aus der Ausweglosigkeit der Lage herauswollen, müssen wir auf einer höheren Ebene zu einer Zusammenschau des Widersprüchlichen kommen und von einem ganzheitlichen Denken aus den Weg vom einen Pol zum andern wiederfinden.

Ich bin naturwissenschaftlich nicht geschult genug, um begreifen und darlegen zu können, daß nach den Ergebnissen der modernen Physik der Gegensatz zwischen Kraft und Stoff, Zeit und Raum sich aufgelöst haben soll. Hier handelt es sich aber um Deutsch und Dänisch. Wer mit Angehörigen anderer Völker zusammengekommen ist, wird erfahren haben, daß über und unter allen Unterschieden etwas in uns lebt, was alle verbindet. Hier im Grenzland ist in den letzten Jahren oft von der „Zweistrmigkeit“ der Nordschleswiger die Rede gewesen, und man wollte damit zum Ausdruck bringen, daß sie sowohl von dem einen Volk wie von dem anderen etwas in sich spüren. Ich finde den Ausdruck weder treffend noch besonders glücklich. Es handelt sich nicht um Ströme, die parallel zueinander verlaufen oder gegeneinander angehen, sondern um etwas, was mehr ist als das eine Volk oder das andere oder beide zusammen. Es ist ein Bewußtsein, das uns über die beiden Völker hinaushebt und sie zu einer Gemeinsamkeit vereint, für die wir ein Wort noch nicht gefunden haben.

Solches Einssein der Völker ist unabhängig von Sprache und Nähe. Der Holsteiner empfindet es vielleicht einfacher als der Nordschleswiger. Die Nachbarschaft des Dorfes kann es zum intimen Erlebnis machen, sie kann es auch in den Reibereien des Alltags zugrunde richten. Björnson, Ibsen und Hans Christian Andersen und viele andere Dänen sprachen schon davon, und wer in Kriegs- und Friedenszeiten oben war, bestätigt uns immer wieder: es sind dieselben Menschen hier und dort. Warum sollten wir nicht in Frieden miteinander leben können?

Wenn beide Völker gemeinsame Verantwortung tragen für das Wohl ihrer Minderheiten und sich verpflichtet fühlen, sie fürsorglich zu betreuen, dann ist die Phase angebrochen, die wir erhoffen.

Vielleicht wird man in Dänemark sich Gedanken machen, ob der von der Schlesw.-Holsteinischen Landesregierung vorgeschlagene Kontaktausschuß nicht doch gute Dienste leisten könnte, die Wolken vor der neuen Phase zu beseitigen.

D. H.

WIR HÖRTEN

einen bekannten konservativ-deutschnationalen Bürger eines größeren Orts in Südschleswig sagen:

„Ich bin mit meinem dänisch gesinnten Nachbarn darin einig, daß ich mit ihm an einer dänischen Feier unter dem Danebrog, und er mit mir unter der blau-weiß-roten Fahne am Knivsbergfest teilnehmen könnte.“

Wer ist des Sieges gewiß, wenn nicht die Geduld?

„Gösta Berling“

Zur Lage in Südtirol

Durch den Vortrag von Professor Aufschnaiter ist Südtirol den Teilnehmern an unserer Kieler Tagung und den Lesern unserer Grenzfriedenshefte nähergerückt. Wir haben aus seinen Ausführungen den Eindruck gewonnen, daß die europäische Gesinnung gegenüber den Minderheiten dort noch ihre Probe zu bestehen hat.

Der Berner „Bund“ brachte am 23. September einen Artikel mit der Überschrift „Die Ursachen der Spannungen in Südtirol“. Nachdem er die geographischen und geschichtlichen Verhältnisse dargelegt hat, erzählt er von einem Gespräch mit einem italienischen Redakteur aus Bozen, der ihm gegenüber meinte, daß Italien alle Bedingungen geschaffen habe für ein friedliches Zusammenleben von Südtirolern und Italienern. Wenn das Land trotzdem nicht zur Ruhe komme, läge es an den nicht erfüllbaren Forderungen der Minderheit. Der Bund schreibt dazu: „Das Zusammenleben der schweizerischen Sprachgruppen besteht in dem Respektieren der Sprachgebiete, wobei die Mehrheit es allerdings auf sich nehmen muß, gelegentlich Zugeständnisse zu machen. Den Grundsatz der Territorialität der Sprache weisen die Italiener aber mit Entschiedenheit zurück: man könne keinen Staat im Staate dulden.

Man glaubt, mit einer gesetzlichen Sicherung des Minderheitenschutzes alles getan zu haben, was erwartet werden kann. Deshalb fühlt man nicht, daß es hier in erster Linie um Fragen des Taktes geht, wobei die Mehrheit die Empfindlichkeiten der Minderheit nicht mit Rechthaberei, sondern mit Entgegenkommen beantworten muß. Wo diese Voraussetzungen fehlen, ist es unvermeidlich, daß das Zusammenleben zu einer täglichen Kraftprobe ausartet; solange der Lebensraum der Minderheit nicht geographisch abgesteckt ist, muß notwendigerweise ihr ganzes Dasein zu einem beständigen Verteidigungskampf werden.“

Ein anderer Italiener aber äußert sich gegenüber dem deutschgeschriebenen „Standpunkt“ in Meran anders und denkt dabei an die bedrohliche volkliche Überflutung vom Süden her: „Die Südtiroler sind nicht von uns Italienern zum Sterben verurteilt, sondern vom modernen Leben, von der industriellen Revolution, von der Technik, von den ausgleichenden Erfordernissen der neuen Gesellschaft, die den Zügel keiner Tradition kennt.“

Von ähnlichen Erscheinungen sind die Minderheiten heute überall bedroht. Sie werden sich freilich solchem „laissez faire, laissez aller“ widersetzen, solange sie sich noch als Minderheiten fühlen. In der Schweiz hat man gegen die Unter- und Überwanderung das ungeschriebene Gesetz der Sprachenterritorialität aufgestellt. Wir bekennen uns zum freien Wettbewerb der Kulturen.

Inzwischen regieren aber in anderen Teilen der Welt Bomben und Panzer.

MITTEILUNGEN AN DIE LESER

Den Teilnehmern an unseren Tagungen in Mürwik, Rendsburg und Kiel geben wir zur Kenntnis, daß der alte 76jährige Professor Gammelgaard vor kurzem gestorben ist. Er hat in jungen Jahren das Lehrerseminar besucht, ging früh in die Arbeiterbewegung und wurde Leiter der Arbeiter-Volkshochschule in Roskilde, schied aber dort nach zwanzigjähriger Arbeit aus und wurde Seelsorger im Gefängniswesen. Mit lebhaftem Interesse verfolgte er die Entwicklung im Grenzlande. Er erzählte gerne, daß sein Großvater Kutscher gewesen war bei Hans Andersen Krüger aus Bevtoft, als der 1848 am 18. März als einziger bei der Ständeversammlung in Rendsburg gegen den Eintritt des Herzogtums Schleswig in den Deutschen Bund Einspruch erhob und Hals über Kopf im Galopp aus der Stadt fliehen mußte. Professor Gammelgaard war ein recht denkender Mann, betrachtete die Entwicklung in Südschleswig nach 1945 mit Mißtrauen und war ein Freund der Grenzfriedensarbeit.

*

Vergriffen und gefragt sind folgende Nummern unserer Grenzfriedenshefte: Jahrgang 1953 Heft 1, 2 und 3, Jahrgang 1954 Heft 1, 2 und 4, Jahrgang 1955 Heft 1 und 3. Einsendern erstatten wir die Versandkosten und zahlen für jedes Heft 0,50 DM.

*

Die Post kassiert im Dezember bei unsern Mitgliedern das Bezugsgeld für 1957 ein, einen weiteren Beitrag haben diese Mitglieder nicht zu entrichten. Die Mitglieder, die einen Beitrag von 3 DM oder mehr entrichten, erhalten mit der nächsten Nummer eine Zahlkarte und werden gebeten, den Mitgliedsbeitrag bis zum 31. März unaufgefordert einzusenden. Sie ersparen uns dann Arbeit und Porto. Diejenigen, die den Beitrag für 1956 noch nicht entrichtet haben, sind schon einmal gemahnt. Wir bitten um baldige Begleichung.